

# Wissen macht schuldig

## Die politische Geschichte unseres Wissens über den anthropogenen Treibhauseffekt

**Zusammengestellt und kommentiert von DR. HELMUT KLEIN im Februar 2007, rund 110 Jahre nach der ersten Warnung vor dem anthropogenen Treibhauseffekt**

Am 2. Februar 2007 wurde eine Kurzfassung des 4. Berichts der Arbeitsgruppe 1 des „Welt-Klima-Rates“ (IPCC) der UNO veröffentlicht. Darin werden sechs Szenarien vorgestellt. Danach liegt im günstigsten Fall (B1-Szenario) die globale Durchschnittstemperatur der Jahre 2090 bis 2099 um **1,1 bis 2,9 Grad** Celsius über der von 1980 bis 1999. Im schlimmsten Fall (A1FI-Szenario) sind es **2,4 bis 6,4 Grad**. Der jetzt schon in Gang gesetzte Prozess wird aber etliche Jahrhunderte laufen und seine eigene Dynamik entwickeln, die zu wesentlich höheren Endtemperaturen führen wird. Der Anstieg der Durchschnittstemperaturen vom Wert der „Eiszeit“ zum nacheiszeitlichen Wert der vergangenen 10 Jahrtausende beträgt etwa drei Grad Celsius!

Demnach hätte jeden verantwortungsbewussten Menschen die blanke Wut überkommen müssen, denn die Politik der Hauptverursacher - zu denen auch Deutschland gehört - hat es über viele Jahrzehnte geschafft, das Thema „Klimaschutz“ nicht hoch kommen zu lassen. Die satzungsgemäß einschlägig „engagierten“ außerparlamentarischen Gruppierungen unseres Landes haben dies letztlich wider besseres Wissen toleriert. Sie haben noch „politischen Kamillentee“ versprüht, als der „Krebs bereits inoperabel wurde“, und die Mandatsträger betonten überwiegend ihre Beflissenheit im Bemühen um „zuverlässigere“ Informationen. Selbst eine klare Sprache wurde im Umgang mit dem Problem weder gepflegt noch geduldet. Tatsächlich weiß jeder halbwegs gebildete Angehörige der Industrienationen - falls er sich nicht aktiv sperrte - seit Jahrzehnten was lief.

Der Einzige, der – in einer Reaktion auf den angesprochenen Bericht - den Handlungsbedarf beinahe zutreffend beschrieb, war der französische Staatspräsident Chirac, der von der Notwendigkeit einer „Revolution zur Rettung der Welt“ sprach und hinzufügte, nichts weniger wäre jetzt nötig, um nur die schlimmsten Folgen der Erderwärmung zu mildern. Aufgerufen zu einer Revolution hat er aber so wenig wie die deutsche Kanzlerin oder ihr Wirtschaftsminister. Entsprechendes gilt für den Präsidenten der Klimazerstörer samt seinen Getreuen in Washington. Selbst er quälte sich im Februar 2007 einen Satz zum Treibhausproblem ab - - - und verstummte wieder.

Ausgelöst durch diese Sachverhalte, wurde im Folgenden zusammengestellt, was seit wann im politischen Leben bekannt war und wie die Situation im Lauf der Geschichte beurteilt und gewertet wurde. Dabei ist die Zusammenstellung bei Weitem nicht vollständig. Sie berücksichtigt auch fast nur Veröffentlichungen der seriösen Presse, der allgemeinbildenden Literatur und politische Dokumentationen, also jene Informationsquellen, die jedem Mandatsträger, jedem Verbandsfunktionär und fast jedem Bürger mit Schulabschluss zugänglich und verständlich sind. Die politischen Dokumentationen bekamen die Mandatsträger der jeweils „handelnden“ Gremien sogar unaufgefordert, auf Bürgers Kosten, auf den Schreibtisch. Auch der Themenbereich „Ozonabbau in der Stratosphäre“ wird hier vollständig ausgeblendet.

Nachdem sich die einst vorhandenen Lager fossiler Energieträger in 400 Millionen Jahren angesammelt hatten, begannen die Bewohner der heute „älteren“ Industriestaaten vor 250 Jahren – also etwa um 1750 – zaghaft aber zunehmend, Kohle zu nutzen. Vor 100 Jahren kam das Erdöl und vor 30 Jahren das Erdgas dazu. (Heute diskutieren wir, ob die Vorräte noch 20 oder 200 Jahre reichen.)

**1824** Beschrieb der Franzose Jean Baptiste Fourier die Wirkungsweise eines Treibhauses. Seiher sprechen wir vom Treibhauseffekt, wenn eine Schicht aus Glas, Gas oder Plastik eingestrahlte Energie einfängt, so dass es zu einer Erwärmung kommt.

**1863, 23. Januar:** Der Erste, der die Bedeutung der Treibhausgase untersuchte und bekannt machte, war wohl der englische Physiker Professor John Tyndall. Er lehrte unter anderem in Heidelberg und Berlin. Ab 1867 war er Direktor der damals wie heute international angesehenen „Royal Society“. Aufbauend auf Untersuchungen über das Verhalten des Gletschereises konzentrierte er sich ab 1859 auf die Beziehungen zwischen Wärmestrahlung und Gasen. Er untersuchte und erkannte besonders die enorme Bedeutung des Wasserdampfes (wichtigstes natürliches Treibhausgas) und des Kohlendioxids für den Wärmehaushalt der Erde.

In seiner „Freitag-Abend-Vorlesung“ am 23. Januar 1863 erklärte er zum Wasserdampf:

*„... folglich kann diese Substanz ohne Zweifel eine außerordentliche Undurchlässigkeit für die Strahlen der Wärme besitzen und besonders für solche Strahlen, wie sie von der Erde emittiert werden, nachdem sie die Sonne aufgewärmt hat. Es ist vollkommen sicher, dass mehr als 10 % der Strahlung der Erde ... innerhalb von 10 Fuß vom Boden ab zurückgehalten werden. Diese eine Tatsache ist ausreichend, um den immensen Einfluss zu zeigen, welche die jetzt entdeckten Eigenschaften des Wasserdampfes auf die Phänomene der Meteorologie haben. Dieser Wasserdampf ist eine Decke, die für das vegetative Leben von England wichtiger ist als die Kleidung für Menschen. Nimmt man in einer einzigen Sommernacht den Wasserdampf aus der Luft fort, die dieses Land umgibt, und man wird absolut sicher im Stande sein, jede Pflanze zu zerstören, durch die eisige Temperatur.“*

Tyndall hatte also bereits die Dimension der Bedeutung der Treibhausgase erkannt. Er konnte aber noch nicht auf die Idee kommen, über eine künstliche Erhöhung des atmosphärischen Gehaltes an Treibhausgasen nachzudenken. Wir wissen heute, dass die von ihm bildhaft diskutierte Abkühlung nach Beseitigung aller natürlichen Treibhausgase, 30 Grad Celsius betragen hätte.

**Im Jahr 1896 !** wurden aus fossilen „Brennstoffen“ weltweit bereits etwa 2000 Millionen Tonnen Kohlendioxid produziert und freigesetzt. (Heute sind es etwa 30.000 Millionen Tonnen, und der Wert steigt rasch weiter!) Diese Emissionen führten dazu, dass der schwedische Professor für Physik, Servante August Arrhenius untersuchte, wie sich diese Emissionen auswirken mussten. Er dachte zunächst über eine mögliche Abkühlung bei einer Verminderung der CO<sub>2</sub>-Konzentration nach. Für seine danach folgenden Überlegungen zur Wirkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen nahm er die Diskussion mit seinem Kollegen Avid Högbom auf.

Arrhenius veröffentlicht im April 1896 in den „Abhandlungen der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften“ einen Beitrag unter dem Titel: „Über den Einfluss des Atmosphärischen Kohlensäuregehaltes auf die Temperatur der Erdoberfläche“. Es

folgt noch im selben Monat ein Beitrag in London, Edinburgh und Dublin. 1901 folgten zwei einschlägige Beiträge, einer in den deutschen „Annalen der Physik“ unter dem Titel „Über die Wärmeabsorption durch Kohlensäure und ihren Einfluss auf die Temperatur der Erdoberfläche“.

Arrhenius kommt auf der Grundlage der damals verfügbaren Daten und Systemkenntnis zu der Aussage

‘Auf der Erde werde es immer milder. Das bei der massenhaften Verfeuerung von Kohle und Öl freigesetzte Treibhausgas Kohlendioxid werde die Temperaturen weltweit ansteigen lassen und bereits eine Verdoppelung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes der Atmosphäre werde zu einem Anstieg der Globaltemperatur um 5 bis 6 °C Grad führen.’

Die einzige differenzierte fachliche Kritik wurde **1900** von Knut Angström veröffentlicht. Sie bezieht sich nur auf das Ausmaß der Wirkung, nicht auf die Wirkung an sich. Sie wird von Arrhenius 1901 gründlich zurückgewiesen.

Weitere Veröffentlichungen – auch auf Deutsch – folgten. Die Übereinstimmung der Ergebnisse von Arrhenius mit den oben mitgeteilten modernsten Ergebnissen des IPCC ist fast schon peinlich. Er konnte allerdings die Gefahren einer solchen Erwärmung noch nicht erkennen. Er argumentierte, die Verbrennung der Kohlenstoffmenge, die zur Verdoppelung führen würde, würde bei der Rate von 1896 (!) etwa 3000 Jahre dauern. Außerdem sah er eine Erwärmung aus der Sicht des Kalten Schweden nicht als Katastrophe. Im Jahr 1908, als die Verbrennungsrate bereits weit über der von 1896 lag, begriff Arrhenius, dass sein Prognoseziel vielleicht schon in einigen Jahrhunderten erreicht sein könnte.

Arrhenius war Professor für Physik an der Universität Stockholm. Er arbeitete unter anderen auch mit berühmten Kollegen in Würzburg, Leipzig, Graz, Amsterdam und Riga zusammen. 1901 wurde er gewähltes Mitglied der Schwedischen Akademie der Wissenschaften und 1903 bekam er den Nobelpreis für Chemie für eine andere Untersuchung. Seine Glaubwürdigkeit und sein Bekanntheitsgrad stiegen damit – auch in Deutschland - weiter.

Insgesamt blieb das Interesse anderer Wissenschaftler nach den Auseinandersetzungen mit Angström gering, bis

**1931** der amerikanische Physiker E.O. Hulburt mit verbessertem Grundlagenwissen die Aussagen von Arrhenius nochmals überprüfte. Er berechnete für die CO<sub>2</sub>-Verdoppelung eine Erwärmung um etwa 4 °C und damit hätte die Menschheit eigentlich den politischen Streit um das Thema vermeiden können, wenn es da nicht „betriebswirtschaftliche“ Interessen gäbe.

**1941** veröffentlichte der deutsche Klimaforscher Herrmann Flohn in der „Zeitschrift für Erdkunde“ einen Artikel unter dem Titel „Die Tätigkeit des Menschen als Klimafaktor“. Darin hieß es wieder ganz unmissverständlich:

„Damit wird die Tätigkeit des Menschen zur Ursache einer erdumspannenden Klimaänderung, deren zukünftige Bedeutung niemand ahnen kann.“

**Um 1945:** In den vierziger Jahren beginnt sich die Antarktis, zu mindest regional, zu erwärmen. Auf der Antarktischen Halbinsel werden innerhalb von 20 Jahren rund 9 °C Erwärmung dokumentiert.

**1957** begann die Zeit der „harten Fakten“, das bedeutet vor Allem, Probleme für die Verursacher und ihre Helfer und Lobbyisten.

Professor Charles Keeling ein Klimatologe von der angesehenen „Scripps Institution of Oceanography“ in La Jolla/Kalifornien begann auf dem Berg „Mauna Loa“ auf Hawaii die Konzentration von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre zu messen. (Die Messungen werden bis heute fortgesetzt.) Das Ergebnis ist der erste „hieb und stichfeste“ Beweis dafür, dass die früheren Befürchtungen wohl begründet waren. Die „Keelingkurve“ zeigt außerordentlich eindrucksvoll jahreszeitliche Schwankungen und eine immer schneller werdende Zunahme der Konzentration des wichtigsten anthropogenen Treibhausgases.

Damit war aber auch klar, dass es zu einer globalen Erwärmung kommen musste!

**1960** stellte (deshalb?) die „National Science Foundation“ (NSF) die Finanzierung der Messungen ein, weil es sich „nur um Routinemessungen“ handeln würde. Das war eine hoch brisante Routine, die bis heute einen Massiven Träger in unserem Wissensgebäude zum Klimawandel darstellt.

Trotzdem verwendete dieselbe NSF Keelings Kurve 1963 um öffentlich vor einer drohenden globalen Erwärmung zu warnen. Ebenso warnte der wissenschaftliche Beraterstab von Präsident L.B. Johnson an Hand der Kurve vor den zu erwartenden Schäden.

Keeling bekam für seine wertvolle Arbeit aber auch mehrere wissenschaftliche Auszeichnungen. Einer davon war – wie leicht zu verstehen – 1997 von Vizepräsident Al Gore. Aber seltsamer Weise dekorierte ihn auch der Präsident aller Abwiegler, G.W. Bush 2002 mit der höchsten US-Amerikanischen Auszeichnung für sein wissenschaftliches Lebenswerk. (National Medal of Science)

Keeling selbst warnte natürlich auch schon sehr deutlich vor den Folgen der Treibhausgasemissionen, aber hier soll seine Haltung durch ein kurzes Zitat belegt werden, das den ganzen Menschen charakterisiert:

„Du kannst die Kurve als schönes wissenschaftliches Ergebnis sehen, aber du kannst sie auch als Alarmglocke betrachten.“

Für ihn war sie beides.

**1970** war das Problem endgültig auch bei den gebildeteren Bürgern angekommen. Damals wurde unter dem Stichwort „Kohlendioxid“ folgender Text in die Brockhaus-Enzyklopädie aufgenommen:

*“Die Zunahme des Kohlendioxidgehaltes der Luft, etwa 13 % in den letzten 100 Jahren, führt wegen verstärkter Absorption der von der Erdoberfläche abgestrahlten Infrarotstrahlung zu einer allmählichen Erhöhung der Durchschnittstemperatur der Lufthülle (etwa 0,5 °C in den letzten 100 Jahren)”*

**1972** findet vom 5. – 16. Juni in Stockholm die erste Umweltkonferenz der UNO statt, auf der von 112 Staaten das Umweltprogramm der UNO (UNEP) gegründet wird. In der Schlussdeklaration heißt es:

*Die menschliche Entwicklung „hat einen Punkt erreicht, an dem wir unsere Aktivitäten weltweit sorgfältiger auf Konsequenzen für die Umwelt abstimmen müssen. ...*

*Staaten haben, in Übereinstimmung mit der Charta der UN und den Prinzipien des internationalen Rechts ... die Verantwortung sicher zu stellen, dass Aktivitäten innerhalb ihres Hoheits- oder Kontrollbereichs, der Umwelt in anderen Staaten oder in Territorien außerhalb nationalen Rechts, kein Schaden zugefügt wird.*

*Die Staaten sollen zusammenarbeiten, um das internationale Recht bezüglich Haftung und Schadensersatz für Opfer und andere Umweltschäden weiter zu entwickeln, soweit diese Schäden durch Aktivitäten im Bereich der Rechtszuständigkeit oder in Kontrollbereichen außerhalb der Rechtszuständigkeit solcher Staaten, statt finden.“*

**1975** Findet in Helsinki die berühmte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) statt. Man hat inzwischen gelernt, dass Umweltzerstörung kriegstreibend sein kann und übernimmt deshalb die oben Zitierte „Verpflichtung“ auch in das Abschlussdokument. 35 Nationen - darunter auch die USA als Nichteuropäer – sind dabei und unterschreiben:

*Die Teilnehmerstaaten „bekräftigen, dass der Schutz und die Verbesserung der Umwelt sowie der Schutz der Natur und die rationelle Nutzung der Ressourcen im Interesse gegenwärtiger und künftiger Generationen eine für das Wohlergehen der Völker und die wirtschaftliche Entwicklung aller Länder sehr bedeutende Aufgabe darstellt und dass viele Umweltprobleme ... nur durch enge internationale Zusammenarbeit wirksam gelöst werden können.*

*Die Teilnehmerstaaten anerkennen, „dass jeder Teilnehmerstaat in Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Völkerrechts im Geiste der Zusammenarbeit dafür Sorge tragen sollte, dass Tätigkeiten innerhalb seines Gebietes keine Umweltverschlechterung in einem anderen Staat oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsgewalt verursachen. ....*

*Die Teilnehmerstaaten sind entschlossen, die Zusammenarbeit im Umweltbereich ... folgendermaßen zu verwirklichen:*

*... indem sie die Fortschreitende Entwicklung, Kodifizierung und Anwendung des Völkerrechts als ein Mittel zur Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Umwelt fördern, einschließlich der Prinzipien und Praktiken – so wie von ihnen angenommen – hinsichtlich Umweltbelastungen und anderer Umweltschäden, die durch Tätigkeiten im Bereich der Hoheitsgewalt oder Kontrolle ihrer Staaten verursacht werden und auf andere Länder und Regionen einwirken.“*

**1979:** In Genf veranstaltet die Welt-Klima-Organisation zusammen mit der UNO unter Beteiligung zahlreicher Experten von verschiedenen UNO-Unterorganisationen, eine erste Klimakonferenz, in der die seit 1972 gehäuften Klimaanomalien und ihr möglicher Zusammenhang mit anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen dargestellt und

diskutiert werden. In der Abschlusserklärung konnte der interessierte Mandatsträger und Bürger lesen:

*„Die fortlaufende Ausrichtung der Menschheit auf fossile Brennstoffe als wichtigster Energiequelle wird wahrscheinlich zusammen mit der fortgesetzten Waldvernichtung in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten zu einem massiven Anstieg der atmosphärischen Kohlendioxid-Konzentration führen. ... Unser gegenwärtiges Verständnis klimatischer Vorgänge lässt es durchaus als möglich erscheinen, dass diese ... Zunahme bedeutende, eventuell auch gravierende langfristige Veränderungen des globalen Klimas verursacht; und, ... da ... Kohlendioxid in der Atmosphäre nur sehr langsam durch natürliche Prozesse abgebaut wird, werden ... die Folgen ... wohl lange anhalten.“*

**1980** wird der anthropogene Treibhauseffekt ein wichtiges Thema in der Studie „GLOBAL 2000“, die von Präsident Carter (USA) in Auftrag gegeben worden war:

*“Zwei globale Veränderungen der Atmosphäre als Folge anthropogener Umweltgifte werden langfristig weitreichende Konsequenzen nach sich ziehen: Steigende Konzentration von Kohlendioxid und Verminderung der Ozonschicht in der Stratosphäre.*

*Die meisten Klimatologen erwarten eine allgemeine Erwärmung der Erde als Folge der zunehmenden Konzentration von CO<sub>2</sub> und sind sich lediglich über das Tempo uneinig, mit dem der Prozess verläuft. Die National Academy of Sciences rechnet mit einer Erwärmung um 6° bis zur zweiten Hälfte des 22. Jahrhunderts, aber sehr wahrscheinlich wird eine einschneidende Erwärmung des Erdklimas schon weit früher eintreten. Eine vom amerikanischen Energieministerium einberufene Gruppe von Wissenschaftlern hat geschätzt, dass eine Verdoppelung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes der Atmosphäre bis zum Jahr 2050 zu einer Erwärmung der Erde um 2-3° führen wird.”*

*Die in den USA durchgeführten Untersuchungen, die eine frühzeitige Erwärmung der Erde voraussagen, werden von Berichten der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) über den Kohlendioxyd Gehalt der Atmosphäre, bestätigt. Die WMO schätzt auch, dass bei einer Verdopplung des CO<sub>2</sub>-Gehalts die durchschnittliche Temperatur auf der Erde um knapp 3° über ihren gegenwärtigen Stand steigen wird und dass eine allmähliche Erwärmung der unteren Atmosphäre, insbesondere in großen Höhen, zu globalen und regionalen Klimaveränderungen führen könnte, die noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts spürbar und vor dem Ende des nächsten einschneidend wären.*

*In der Erklärung der WMO auf der World Climate Conference 1979 heißt es, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe, die Abholzung der Wälder und die veränderte Bodennutzung den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre während des letzten Jahrhunderts um etwa 15% erhöht haben und gegenwärtig die CO<sub>2</sub>-Konzentration der Atmosphäre jährlich um 0,4% erhöhen.*

*Erst kürzlich haben vier Wissenschaftler dem Council on Environmental Quality einen Bericht über das CO<sub>2</sub>-Problem vorgelegt, indem sie unter anderem feststellen, dass die Zeit nicht mehr fern ist, da die Industrienationen anfangen müssen, sich eingehend mit den Implikationen ihrer Energiepolitik für das CO<sub>2</sub>-*

*Gleichgewicht der Atmosphäre zu beschäftigen. Die Wissenschaftler kamen zu dem Schluss:*

*»Wenn wir so lange abwarten, bis man eindeutig beweisen kann, dass sich das Klima tatsächlich erwärmt, bevor wir Maßnahmen zum Abbau des CO<sub>2</sub>-Gehalts der Atmosphäre treffen, lassen sich die Auswirkungen nur noch schwer unter Kontrolle bringen. Dann ist die Erde spürbaren Klimaänderungen mit unvorhersehbaren Folgen unterworfen. Die möglichen Schäden sind so groß, dass es gerechtfertigt erscheint, das CO<sub>2</sub>-Problem in sämtliche politischen Überlegungen bei einem weiteren Ausbau der Energieproduktion mit einzubeziehen.«*

*Eine Erwärmung der gesamten Erdoberfläche würde mehr Regen und ein Abschmelzen des Polareises nach sich ziehen, was wiederum zu einem Anstieg des Meeresspiegels führen würde. Der Temperaturanstieg in den Polarregionen wäre drei- oder viermal höher als die durchschnittliche Temperatur der Erdoberfläche. Würde das Tafel Eis der westlichen Antarktis schmelzen, [Nach Schätzungen der Wissenschaftler würden die Polkappen bei einem Anstieg der durchschnittlichen Temperatur der Erdoberfläche um 6° C etwa in 200 Jahren abgeschmolzen sein.] so könnte dies ein weltweites Ansteigen des Meeresspiegels um 5 Meter hervorrufen. Bereits ein Anstieg der Durchschnittstemperatur der Erdoberfläche um 1 °C würde zu einem Klima führen, das wärmer wäre als zu irgend einer Zeit während der letzten 1000 Jahre.“*

Präsident Carter beauftragte umgehend den Rat für Umweltqualität und sein State Department rasch einen lösungsorientierten Nachfolgebericht zu erarbeiten. Der lag unter dem Titel „Global Future: Time to Act“ schon nach einem halben Jahr vor. Dann kam aber der Regierungswechsel zum konservativen Ronald Reagan. Der feuerte Zug um Zug die Mitglieder des Rates und baute ihn radikal um. GLOBAL 2000 wurde unter Verschluss genommen.

„GLOBAL 2000“ war aber rechtzeitig bekannt geworden, in alle wichtigen Sprachen übersetzt und etwa 500.000 mal verkauft worden.

**1981** Erscheint auf „Wunsch der Bundesregierung, insbesondere des Bundesministers des Inneren“, vom Rat von Sachverständigen der Deutschen Bundesregierung, ein „Sondergutachten Energie und Umwelt“. Darin heißt es im Kapitel „Globale klimatische Auswirkungen und Risiken“:

*„Das der Bevölkerung bekannteste Problem [!] ist das CO<sub>2</sub>-Problem, dessen gängige Darstellung zunächst vorgestellt und dann durch neuere Erkenntnisse aktualisiert wird.*

*Seit etwa 1958 weiß man, dass die Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre im stetigen Ansteigen begriffen ist. ... Es ist bekannt, dass seit der vorindustriellen Zeit, vor etwa 120 Jahren, zu der man von einem Kohlendioxidgehalt von etwa 0,028 bis 0,029 Vol. % ausgehen kann, bis zum Jahre 1980 ein weltweiter Anstieg auf den gegenwärtigen Wert von 0,0336 Vol. % (336 ppm), ... stattgefunden hat. Die bisherige [!] Vorstellung ist, dass sich dieser Anstieg beschleunigt fortsetzen wird. Unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Erdbevölkerung und ihres Energiebedarfs schätzte man bisher, dass mit einer Verdopplung des gegenwärtigen Kohlen-*

*dioxidgehaltes der Atmosphäre in etwa 50 Jahren zu rechnen ist.*

*Kohlendioxid und Wasserdampf steuern den langwelligen Strahlungshaushalt des Systems Erde-Atmosphäre entscheidend. Die von der Erde ausgesandte langwellige Strahlung (Wärmestrahlung) wird von Wasserdampf und Kohlendioxid in der Atmosphäre teilweise zurückgestrahlt (Glashaus- bzw. Treibhauseffekte); dieses ist einer der klimawirksamsten Effekte überhaupt. In diese bisher ausgeglichene Energiebilanz greift der Mensch nun durch Nutzung fossiler Energie und die damit verbundene Erhöhung des Kohlendioxidgehaltes der Atmosphäre sowie durch die ebenfalls gekoppelten Veränderungen des Wasserhaushaltes entscheidend ein. Die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehaltes bedeutet eine erhöhte Rückstrahlung auf die Erde.*

*.... Die bisherigen Klimamodelle liefern .... trotz aller unterschiedlichen Ansätze recht übereinstimmende Aussagen, nämlich, dass sich der Wärmeeintrag der langwelligen Strahlung bei Verdoppelung des Kohlendioxidgehaltes in der Atmosphäre um knapp 2 % erhöhen würde. Damit würde sich eine Erhöhung der mittleren Lufttemperatur in der Nähe der Erdoberfläche von etwa 2,8°C ergeben. .... Die Werte liegen bei den gängigen Modellen zwischen 1,5°C und 4°C. Die Temperaturerhöhung würde je nach geographischer Breite verschieden ausfallen ....“*

Dann kam der Sachverständigenrat zu einer überraschenden politischen (!, nicht naturwissenschaftlichen) Annahme:

*„Als wirtschaftlich nach heutigem Stand der Technik gewinnbare Vorräte werden jedoch weltweit nur 900 GtSKE angesehen, bei einem geschätzten anstehenden Gesamtvorrat von 12.000 GtSKE.“*

900 Einheiten sind 7,5 % von 12.000 Einheiten !

Man ging also einfach davon aus, dass die Menschheit nur 7,5 % der fossilen Brennstoffreserven nutzen würde. Unter dieser Annahme kam der „Sachverständigenrat“ dann zu der beruhigenden Annahme, dass die globale Erwärmung unter 1 °C, wahrscheinlich bei 0,25 °C enden würde. Tatsächlich war der globale Durchschnitt damals bereits um 0,6 oder 0,7 °C gestiegen. Heute, 2007 ist es ziemlich genau 1 °C.

Dieser Betrugsversuch hätte von jedem daran interessierten Parlamentarier oder seinem Mitarbeiter erkannt werden können, denn die gemachte Annahme war damals bereits abstrus. Die Episode belegt damit, dass in jenen Jahren die formale oder stillschweigende Komplizenschaft deutscher Politprominenz mit der konservativen US-amerikanischen Clique funktionierte.

**1985** veranstaltet die UNO-Umweltbehörde (UNEP) zusammen mit der Welt-Meteorologen-Organisation (WMO) und dem Internationalen Rat Wissenschaftlicher Vereinigungen (ICSU) in Villach (Österreich) eine „Internationale Klimakonferenz“ mit Teilnehmern aus 29 Nationen.

Man Erörterte die Wirkungen der fünf wichtigsten Treibhausgastypen (CO<sub>2</sub>, Lachgas, Methan, Ozon und Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe).

Im Abschlussdokument steht:



*„Die modernsten Modellrechnungen zeigen, dass die Bedeutung der Treibhausgase - außer CO<sub>2</sub> - bereits ungefähr ebenso groß ist wie die von CO<sub>2</sub>. Die Wirkung einer Verdoppelung des CO<sub>2</sub>-Äquivalentes in der Atmosphäre würde zu einer globalen Gleichgewichtstemperatur führen, die 1,5 bis 4,5 Grad Celsius erhöht ist. ... Man schätzt, dass eine Erwärmung um 1,5 – 4,5 Grad, zu einem Anstieg des Meeresspiegels um 20 – 140 cm führen wird. ....*

*Die Regierungen und internationalen Zusammenschlüsse müssen die Ergebnisse unserer Erhebungen einbeziehen in die Entwicklung ihrer Sozialpolitik, ihrer Wirtschaftspolitik, ihrer Umweltpolitik und in ihre Kontrolle der Emissionen von Treibhausgasen. ...*

*Die Information der Öffentlichkeit sollte verstärkt werden.*

*Unsere Kenntnis des Treibhauseffektes ist gesichert genug, dass Wissenschaftler und Politiker zu konstruktiver Zusammenarbeit kommen sollten, um die Wirksamkeit alternativer Politischer Ansätze und Regelungen zu Untersuchen.“*

**1987** tagen die Klimatologen erneut in Villach.

Es liegen neue Modellrechnungen zur quantitativen Abschätzung des erwarteten Effektes vor. Um endlich politische Reaktionen zu veranlassen, verabschiedeten sie die „**Villacher Erklärung**“. Darin weisen sie darauf hin, dass eine Zunahme der globalen Durchschnittstemperatur in Bodennähe um  $3 \pm 1,5$  °C zu erwarten ist, wenn wir den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre gegenüber dem jetzigen [damaligen] Wert verdoppeln. Dies sei aber angesichts der derzeitigen Zunahme der Emissionen schon in weniger als 100 Jahren zu erwarten. Unter Berücksichtigung weiterer klimawirksamer Spurengase wie CH<sub>4</sub>, N<sub>2</sub>O, Ozon in der Troposphäre und der FCKW werde sich die globale Durchschnittstemperatur im gleichen Zeitraum aber voraussichtlich um das Doppelte, nämlich um  $6 \pm 3$  °C erhöhen.

**1987:** Klimatagung in Bellagio (Italien). Neben Wissenschaftlern nehmen auch Politiker an der Tagung teil. Auch hier wurden die früher diskutierten Szenarien bestätigt.

**1987:** Die Deutsche Meteorologische Gesellschaft und die Deutsche Physikalische Gesellschaft teilen der Öffentlichkeit mit, dass sie die Villacher Erklärung mittragen.

**1987** fand aber auch noch eine Veranstaltung statt, deren Bedeutung sich erst in den Jahren ab 2004 richtig darstellte. In dieser Zeit der Gültigkeit der freiwilligen Vereinbarung zum Ausstieg Deutschlands aus der Kernkraft, wurde die Forderung nach Fortführung der Kernkraftnutzung als Mittel gegen des anthropogenen Treibhauseffekt von CSU, CDU und FDP in Deutschland mächtig intensiviert.

In die Entstehung dieser Strategie in der CSU und über ihre Möglichkeiten gibt das „Protokoll über das energiepolitische Gespräch des Bayerischen Ministerpräsidenten mit Vertretern der Energiewirtschaft und Wissenschaftlern einschlägiger Disziplinen“ einen tiefen und unwiderlegbaren Eindruck. Einige Ausschnitte daraus folgen hier:

“MPr. Dr. h.c. Strauß: *“Ich rufe dann die erste Frage auf:*

*Gibt es zur Nutzung der Kernenergie brauchbare Alternativen, die jetzt oder in naher Zukunft einsetzbar sind?*

*Sie kennen die Diskussion vom Aussteigen aus der Kernenergie. Phantasten glauben, daß das sofort möglich sei. Andere sprechen von naher Zukunft oder von mittlerer Zukunft. Die meisten lassen es offen, wann, wie und in welchen Übergangsstadien ein solcher Ausstieg stattfinden könnte. Meine persönliche Meinung ist hier in diesem Kreise nicht so wichtig. Ich glaube, daß wir mit der Kernenergie noch lange werden leben müssen.*

....

Herr Vendryes<sup>1</sup>: *Die von den Kohlekraftwerken ausgestoßenen Abgase enthalten chemische Produkte, die einen sehr unheilverbundenen Einfluß auf die Umgebung haben können. Man hat schon viel über das Waldsterben gesprochen. Die Ansammlung von CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre könnte auf lange Sicht einen Einfluß auf das Klima haben. Man kann die Konsequenzen nur schwer voraussehen.*

Prof. Dr. Schaefer<sup>2</sup>: *... Die Frage der CO<sub>2</sub>-Belastung sollte man nicht außer Acht lassen. Es handelt sich dabei um eine der Belastungen, gegen die es kein technisches Mittel gibt, um die thermische Belastung zu beseitigen. Außerdem haben wir es bei der CO<sub>2</sub>-Belastung mit einem globalen Problem zu tun und nicht um ein Problem Münchens, des Freistaates Bayern oder der Bundesrepublik Deutschland. Bedenken Sie bitte: Von 1850 bis 1950 stieg der CO<sub>2</sub>-Gehalt der Luft weltweit um 25 ppm. Im gleichen Ausmaß ist der CO<sub>2</sub>-Gehalt von 1950 bis 1980 gestiegen. Das heißt, die Steigerung verläuft progressiv.*

MPr. Dr. h.c. Strauß: *Ich bedanke mich sehr für diese Stellungnahme. Sie haben einen sehr wichtigen Aspekt angesprochen*

Prof. Dr. Wild<sup>3</sup>: *Herr Ministerpräsident, ich habe mich zu Wort gemeldet, um die Bedeutung des Kohlendioxidproblems noch einmal zu unterstreichen und einige Zahlen zu nennen. Die Zahlen hat Herr Kollege Schaefer in der Zwischenzeit aber bereits angeführt. Ich möchte aber doch noch darauf hinweisen, daß wir uns heute einem Kohlendioxidgehalt in der Größenordnung von 340 bis 350 ppm nähern, und zwar mit wachsender Geschwindigkeit. Dies ist ein Gehalt, wie er in den Warmzeiten der Erdgeschichte vorlag. In diesen Warmzeiten der Erdgeschichte hatten wir weitgehend abgeschmolzene Polkappen und einen weit höheren Meeresspiegel als heute. Ich möchte hier ein Zitat bringen, das Carl Friedrich von Weizsäcker früher einmal angeführt hat: Wir betreiben mit diesem Problem - dies bezieht sich auf das Kohlendioxidproblem - im fossilen Bereich heute eben die Vogel-Strauß-Politik, die man vielfach den Vertretern der Kernenergie nachsagt, und erzeugen eine nicht wiedergutzumachende langsame ökologische Veränderung, deren Folgen unsere Urenkel zu tragen haben werden. - Ich glaube tatsächlich, daß wir hier ein ungeheueres Risiko eingehen, wenn wir die derzeit einzig einsetzbare Alternative zur Kernenergie, nämlich die verstärkte Nutzung der fossilen Energieträger, weiterhin in dem Umfang strapazieren wie heute. Wir müssen in diesem Bereich zu einer Reduzierung kommen und dürfen nicht - im Gegensatz zu manchen Forderungen - wieder zum Einsatz fossiler Brennstoffe zurückkehren.*

---

<sup>1</sup> Commissariat A L'Energie Atomique (CEA), Frankreich

<sup>2</sup> Lehrstuhl f. Energiewirtschaft und Kernkraftwerkstechnik der TU München

<sup>3</sup> Präsident der TU München

Prof. Dr. Michaelis<sup>4</sup>: *Ich möchte zu dem, was Herr Wild soeben ausgeführt hat, eine kurze Ergänzung geben. Die World Meteorological Organization hat folgendes festgestellt - ich kann es nur sinngemäß zitieren: Das CO<sub>2</sub>-Problem ist das größte Problem der Menschheit, und es ist dazu noch hausgemacht. ...*

Prof. Dr. Maier-Leibnitz<sup>5</sup>: *Hier steht "in naher Zukunft". Die Frage ist, ob wir heute überhaupt über die fernere Zukunft sprechen. Denn die großen Probleme werden erst in dreißig bis vierzig Jahren kommen, wenn Öl knapp wird, wenn Kohle teuer wird. Wir brauchen dann sehr viel Energie, so daß wir sehr dankbar sein müssen, wenn wir dann eine langdauernde, schwer erschöpfbare Energiequelle haben. Das ist nicht die Atomenergie in der jetzigen Form, sondern es ist entweder die Sonnenenergie - der zum jetzigen Zeitpunkt viele von uns noch skeptisch gegenüberstehen - oder die Atomenergie mit Brüttern.*

MPr. Dr. h.c. Strauß: *Herr Professor Maier-Leibnitz, ... ich habe den Ausdruck "in naher Zukunft" deshalb gebraucht, weil durch eine politisch-demagogische Propaganda der Eindruck erweckt wird, als ob man jetzt oder in naher Zukunft aussteigen könnte und als ob es bei mir Altersstarrsinn oder Unkenntnis der Probleme oder Rücksichtslosigkeit gegenüber den Menschen wäre, wenn wir jetzt oder in naher Zukunft einen Ausstieg nicht für möglich halten. Die Kernenergie wird einmal abgelöst werden. Aber ein Ausstieg aus der Kernenergie ist etwas anderes.*

[Jetzt weiß wohl auch der allerletzte „politisch-demagogische Propagandist“, dass der Herr Ministerpräsident die Probleme kennt und weder altersstarrsinnig noch rücksichtslos gegenüber den Menschen ist. Er wird deswegen sicher in Zukunft von solchen Unterstellungen absehen.]

... MdL Glück<sup>6</sup>: *Die Klimathematik ist in der deutschen Umweltdiskussion seit Jahren totgeschwiegen; sie wird verdrängt. ...*

Minister Dick<sup>7</sup>: *... Weil wir schon bei der Frage der Ökologischen Folgen sind: Unsere Meinung ist aufgrund der Arbeit der Deutschen Physikalischen Gesellschaft die, daß der Einsatz der fossilen Energieträger zu irreversiblen ökologischen und zu ökonomischen Auswirkungen führen würde, die kein Mensch rückgängig machen könnte. Deshalb lautet meine Frage an Sie: Wenn nun die Auffassung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft von Ihnen geteilt wird, wonach die Zunahme der CO<sub>2</sub>-Emission für die Nordhalbkugel bis Mitte des nächsten Jahrhunderts dramatische Klimaveränderungen erwarten läßt, gibt es Möglichkeiten, bei Verbrennungsprozessen das Kohlendioxid zurückzuhalten?*

(Zurufe: Nein!)

- Dann ist das ganze Geschwätz gleich eindeutig zu beantworten.

Dr. Holzer<sup>8</sup>: *Nun zu Ihnen, Herr Staatssekretär Stoiber: Die Deutsche Physikalische Gesellschaft hat das Thema der irreversiblen Klimaveränderungen mehrfach angesprochen und in einer sehr dezidierten und klaren Stellungnahme zu Papier gebracht. Wenn Sie da die Presse ansehen, werden Sie feststellen, daß in vielen Zeitungen, z.B. in der*

---

<sup>4</sup> Generaldirektor a.D. der Kommission der EG

<sup>5</sup> Ehemaliger Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft

<sup>6</sup> MdL CSU

<sup>7</sup> Bayerischer Umweltminister

<sup>8</sup> Stellvertretender Vorsitzender der Bayernwerk AG

*"Frankfurter Rundschau" nur ein Schluß daraus gezogen wird, nämlich: Wir müssen weg von den fossilen und hin zu den solaren Systemen. Wenn Sie aber die Stellungnahme der Deutschen Physikalischen Gesellschaft lesen, dann werden Sie feststellen, daß dort gesagt wird: Einen ganz entscheidenden Beitrag zur Entlastung dieses Problems kann die Kernenergie leisten, und zwar einschließlich der Brütertechnologie. ...*

Dr.-Ing. e.h. Bölkow<sup>9</sup>: *Das CO<sub>2</sub>-Problem ist in der Literatur, die auch den Journalisten zugänglich ist, und in den Vorträgen seit den 50er Jahren. Wir haben hier in Bayern vom Fraunhofer-Institut in Garmisch eine eigene Meßstelle und auch eine Beurteilung. Wir haben in Mainz von der Max-Planck-Gesellschaft die Chemie der Atmosphäre. Es ist nicht nur das CO<sub>2</sub> sondern in zunehmendem Maße auch das Methan, das in der Atmosphäre Probleme macht. Ich bin entgegen der Meinung von Professor Levi dafür, daß man die Dinge von der wissenschaftlichen Seite her darstellt und vorher in die Öffentlichkeit bringt und nicht hinterher solche Panikdinger in die Luft läßt. Mir haben in Deutschland den Bach in Münster. Der hat ein dickes Buch darüber geschrieben. In Amerika gibt es viele Leute, die auf diesem Gebiet arbeiten. Ich bin der Meinung, man sollte das ernst nehmen. .... Wir wollten hier nur über kurz- und mittelfristige Lösungen sprechen. Aber langfristig müssen wir ganz große Entscheidungen fällen, die weit über unsere Tätigkeit hinausgehen, wenn das exponentiell losgeht, wie viele Wissenschaftler das erwarten. Das Schlagwort "Hamburg unter Wasser" ist übrigens Anfang der sechziger Jahre gefallen. Wir müssen das sorgfältig beachten. Dafür, daß es in vierzig oder fünfzig Jahren mit der Abschmelzung der Pole losgehen könnte, müssen wir uns vorbereiten, ohne heute zu sagen: keine Kernkraft, oder: nur Sonnenenergie. Wir müssen die Unterlagen für diese Entscheidung für unsere Nachfahren aufbereiten und vorbereiten.*

Prof. Dr. Michaelis: *Herr Ministerpräsident! Ich wollte zu einigen Fragen Stellung nehmen, zunächst zur Frage des CO<sub>2</sub>. Beim CO<sub>2</sub> ist die Problematik, daß es zwei verschiedene Auffassungen gibt. Die eine Auffassung vertritt die World Meteorological Organisation, die darin eine von der Menschheit selbst geschaffene Bedrohung sieht. Eine andere Auffassung ist, daß die Fragen noch nicht hinreichend geklärt sind, insbesondere die Absorption der Ozeane usw. Eines ist sicher: Die Gefahr besteht. Das wird von jedermann anerkannt. Wenn Sie aber nach dem Prinzip - wie beim Umweltschutz - vorgehen, daß eine mögliche Gefahr ein Anlaß zum Handeln ist, dann müssen Sie handeln. Es hat den Anschein - wie ich das verfolge -, daß es auch in den nächsten zehn Jahren nicht zu einer Klärung dieser Auffassungen kommt. Beide Auffassungen werden nebeneinander bestehen. ... Die letzten Untersuchungen haben ergeben, daß wir bis zur Jahrhundertwende einen maximalen Zuwachs bei regenerativen Energien in einer Größenordnung von 5 Prozent des gegenwärtigen Primärenergiebedarfs erwarten können.*

Prof. Dr. Wild: *... Wir wissen, daß wir das Wetter nur sehr ungenau voraussagen können. Langfristig können wir es gar nicht voraussagen. Mit dem Klima verhält es sich ähnlich. Das Klima gehört zu den Bereichen, in denen die Voraussagekraft wissenschaftlicher Theorien außerordentlich gering ist. Trotzdem möchte ich nicht zu dem Vorgehen raten, das Herr Levi hier empfohlen hat. Ich meine, die Wissenschaft macht sich unglaubwürdig, wenn sie Probleme unter den Teppich kehrt, und zwar aus der Angst heraus, es könne eine Panik entstehen. Wir als Wissenschaftler sind meines Erachtens verpflichtet - wie dies auch Herr Bölkow vorhin gesagt hat -, auf die Probleme aufmerksam zu machen ...*

---

<sup>9</sup> Ehemaliger Geschäftsführer von MBB

Prof. Trott<sup>10</sup>: *Ich bin Strahlenbiologe und Arzt, der im wesentlichen auf dem Gebiet des Strahlenrisikos und der Anwendung von Strahlen in der Medizin forscht. Ich möchte zunächst, auf die CO<sub>2</sub>-Diskussion eingehend, ganz kurz dies sagen. Sicherlich handelt es sich dabei um eine Diskussion, die von den Wissenschaftlern geführt werden sollte. Wir sollten uns aber hüten, sie allzu voreilig in die Öffentlichkeit zu tragen. Darin stimme ich mit Herrn Levi voll überein. Wir würden sonst eine zweite oder eine dritte Panik erzeugen. Es ist nicht so, daß dann eine Panik gegen die andere ausgetauscht würde. Wir hätten dann mehrere Paniken nebeneinander.*

*Die Argumentation muß in eine ganz andere Richtung gehen, nämlich in die Richtung, daß die Kernenergie mit Abstand die umweltfreundlichste und gesundheitsfreundlichste Energie ist, die wir überhaupt haben. Die radioaktive Belastung der Bevölkerung durch die Kernenergie ist nach gesundem Menschenverstand unschädlich. ...*

Dr. Stoiber<sup>11</sup>: *Ich möchte noch eine kurze Bemerkung zu der unterschiedlichen Meinung in bezug auf die Klimafrage und darauf, inwieweit man sie in die politische Diskussion einführen müsse, machen. Ich bin der Meinung, daß man sie in die politische Diskussion einführen muß. Meines Erachtens muß man dies aus folgendem Grunde tun.*

*Wir haben hier in der Bundesrepublik Deutschland, ... ein dramatisches Problem der Akzeptanz der Kernenergie zu registrieren. Es geht nun darum, ... auf der einen Seite die Risiken der Kernenergie den Risiken auf der anderen Seite gegenüberzustellen, die bestehen, wenn wir nicht die Kernenergie nutzen. Wir müssen dann - in dieser Hinsicht teile ich voll die Meinung von Herrn Professor Wild und anderen - gerade auch das Klimaproblem verdeutlichen, damit wir eine bessere Abwägung der Menschen hinsichtlich der Akzeptanz erreichen.*

Prof. Dr. Michaelis: *Ich möchte ausnahmsweise darum bitten, meine folgende Äußerung nicht ins Protokoll aufzunehmen.*

*(Die folgenden Ausführungen werden stenographisch nicht protokolliert)*

Prof. Dr. Pinkau<sup>12</sup>: *Herr Dr. Stoiber hat eine politische Diskussion in Gang gesetzt. Wir befinden uns in der sonderbaren Situation, daß eine Reihe von Fachgelehrten Ihnen politische Ratschläge erteilen soll. In diesem Zusammenhang möchte ich zu bedenken geben, daß zwar der Anstieg des CO<sub>2</sub>-Gehaltes nachgewiesen worden ist, daß die Auswirkungen auf das Klima wissenschaftlich aber noch nicht bewiesen sind. Allerdings müssen wir, wenn ein entsprechender Beweis einmal geführt wird, die Befürchtung haben, daß es sehr schwer sein wird, eine Korrektur vorzunehmen. Mir scheint es aber doch problematisch zu sein, eine Schadensvorstellung der Bevölkerung mit einer anderen Schadensvorstellung zu bekämpfen. Ich habe in dieser Hinsicht ziemliche Sorgen.*

Dr. von Waldenfels<sup>13</sup>: *Wir handeln heute schwerpunktmäßig zwar das Thema der Kernenergie und der Entsorgung ab, aber ich glaube, daß es sich dabei nur um einen Teilaspekt handelt. Die politische Diskussion wird sich schwerpunktmäßig um das Restrisiko in einer modernen Industriegesellschaft drehen. Meine Bitte geht dahin, daß sich nicht nur die Politik - wie hier der Ministerpräsident und auch die Bundesregierung -*

---

<sup>10</sup> University of London

<sup>11</sup> Staatssekretär und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei

<sup>12</sup> Wissenschaftlicher Direktor des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik

<sup>13</sup> Staatssekretär; Vorsitzender der Koordinierungsgruppe WAA

*an die Spitze der Bewegung stellt, sondern auch die Wissenschaft und ebenso die Wirtschaft sich in der öffentlichen Diskussion entsprechend engagieren. ... Man sollte, wie ich glaube, auch in der zukünftigen politischen Diskussion erkennen - SPD und Grüne stehen ja als mögliche Alternative gewissermaßen vor der Tür -, daß es um den Begriff des Restrisikos in der Industriegesellschaft geht. Die Diskussion darüber müssen wir offensiv führen. Dabei ist vor allen Dingen auch die Wirtschaft gefragt. Die Wirtschaft ist hier heute nur zu Teilen - wenn auch durch sehr wichtige Vertreter - vertreten. Die Wissenschaft ist, wie gesagt, ebenso gefragt.*

MPr. Dr. h.c. Strauß: ... *Ich fühle mich in diesem Zusammenhang ebenso - entschuldigen Sie, wenn ich dies sage - an die Nazipropaganda gegen die Juden erinnert. Da werden wissenschaftlich-sachlich völlig unbegründete, sogar abergläubisch-törichte Schlagworte erfunden. So haben z.B. ein österreichischer Erzbischof und zwei andere Bischöfe aus Österreich behauptet, daß es bei der Wiederaufarbeitungsanlage um Leben oder überleben der Menschen in Europa gehe. Es wird behauptet, daß das berühmte Restrisiko bei einer Wiederaufarbeitungsanlage - in Frankreich, England und anderen Ländern hat man ja Erfahrungen in dieser Hinsicht - tausendmal größer sei als bei jedem Kernkraftwerk und größer sei als bei Tschernobyl. Kirchliche Kreise fallen hier wieder in die Zeiten von Galilei zurück, der sich zu verantworten hatte, weil er nicht glaubte, daß sich die Sonne um die Erde drehe. Er hat die Behauptung verbreitet, daß die Erde sich um die Sonne drehe. Als Historiker würde ich sagen: Diabolus in ecclesia. Der Teufel tritt jetzt in neuem Gewande auf. Das ist eine nicht ungefährliche Erscheinung. ....“*

Zwanzig Jahre später und über 30 Jahre nach Tschernobyl, wird die CSU und ihre Schwesterpartei immer noch konsequent diesen Vorgaben folgen. Man schürt dann immer noch - wohl dosiert - die „Klimapanik“ um tausend Möglichkeiten zur Förderung der Atomenergie zu finden. Der Bundesminister für Wirtschaft, Michael Glos (CSU), wird der härteste Gegner drastischer Maßnahmen gegen CO<sub>2</sub>-Emissionen obwohl er die Studien über die wirtschaftlichen Folgen der Klimaveränderungen kennen muss. Gleichzeitig hat er sich dann zum unbeugsamsten Befürworter der Atomwirtschaft gemauert.

**1988** gründet die 43. UN-Generalversammlung das „International Panel on Climatic Change“ (**IPCC**), in dem bis heute über 2500 angesehener Klimatologen aus über 130 Ländern kontinuierlich das Problem beobachten. Sie informierten seither in mehreren auffallend gut fundierten Berichten alle Regierungen, Mandatsträger und Bürger über die Entwicklung der Klimakatastrophe und schlugen notwendige Maßnahmen vor. Presse und elektronische Medien berichteten immer ausführlich.

**1988**: In Toronto (Kanada) tagt auf Anregung der „Brundtland-Kommission“ der UNO eine internationale Welt-Klimakonferenz unter dem Titel: „Die Veränderung der Atmosphäre - Bedeutung für die globale Sicherheit“. In Ihrem Abschlussdokument steht:

*"Die Menschheit führt ungewollt ein weltweites Experiment durch, das in seinen schlimmsten Konsequenzen nur von einem globalen Atomkrieg übertroffen werden könnte. Die Erdatmosphäre wird in beispielloser Geschwindigkeit von Schadstoffen verändert, die durch menschliche Aktivitäten, durch den ineffizienten und verschwenderischen Einsatz fossiler Energien und durch die Folgen eines raschen Bevölkerungswachstums in vielen Regionen entstehen. Diese Veränderungen stellen eine schwerwiegende Bedrohung der internationalen Sicherheit dar und zeitigen*

*schon heute in vielen Teilen der Welt negative Folgen (...) Die globale Erwärmung und der Anstieg des Meeresspiegels, die sich immer deutlicher als Konsequenzen einer unveränderten Zunahme der atmosphärischen Konzentration von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen abzeichnen, werden weitreichende Auswirkungen haben. Zudem wird die Zerstörung der Ozonschicht zu verstärkten Schäden durch UV-Strahlen führen. Die zuverlässigsten Prognosen rechnen damit, dass dies bei jetzigen und zukünftigen Generationen zu möglicherweise schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen führen wird; dadurch werden sich die internationalen Spannungen verschärfen und die Gefahr inner- und zwischenstaatlicher Auseinandersetzungen wird steigen. Sofortiges Handeln ist daher unerlässlich."*

**1988:** In Hamburg gibt es ebenfalls eine Welt-Klimakonferenz. Auf ihr tritt ein Russe auf, der glaubt, die Erwärmung der Erde sei erfreulich. Im Abschlussbericht aber heißt es unmissverständlich:

*Alle Treibhausgasemissionen müssten bis zur Jahrtausendwende um 30 Prozent und bis zum Jahr 2015 um die Hälfte reduziert werden.*

Eine ganze Liste von Handlungsmöglichkeiten wird vorgelegt.

**1988:** Die Europäische Kommission verabschiedet eine Resolution unter dem Titel: „Der Treibhauseffekt und die Gemeinschaft“. Wir lesen unter anderem, eine Vorkonferenz habe die Prognosen von Villach 1987 bestätigt, und:

*„Der Mensch verändert die Zusammensetzung der Atmosphäre wie nie zuvor. .... CO<sub>2</sub> ist zur Zeit für etwas mehr als 50 % des [anthropogenen] Treibhauseffektes verantwortlich. ... Man muss davon ausgehen, dass es bei einer Verdoppelung der vorindustriellen Treibhausgas-Konzentration zu einem Anstieg der mittleren Oberflächentemperatur um 1,5 – 4,5 Grad Celsius kommt. Auf der Grundlage des derzeitigen Trends ist dies vor dem Jahr 2050 zu erwarten. ...*

*Der Meeresspiegel wird [dadurch] um 30 cm bis 1,5 m steigen“*

Es folgt eine lange Liste mit Handlungsmöglichkeiten.

**1988:** Der große US-Kohlekonzern „Western Fuels“ wirbt Wissenschaftler an, die bereit sind, den Treibhauseffekt öffentlich in Frage zu stellen. Unter ihnen ist Pat Michaels, der bereit ist, unter dem Titel „World Climate Review“ eine neue „Fachzeitschrift“ für Klimatologie heraus zu geben. Western Fuels finanziert deren Produktion und Vertrieb. Später folgt ein zweites „Fachjournal“. Insgesamt geben die bedeutendsten CO<sub>2</sub>-Emittenten besonders aus der US-Industrie in den folgenden Jahren viele Millionen Dollar für die sogenannte „Pflege der politischen Landschaft“ aus.

**1988:** Die deutsche Bundestags-Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ legt unter dem Titel „Schutz der Erdatmosphäre – Eine internationale Herausforderung“ einen Zwischenbericht vor, der einen Konsens aller im Bundestag vertretenen Parteien wiedergibt:

*„Mit jeder Klimatagung der vergangenen Jahre wurde deutlicher, dass der Treibhauseffekt dramatisch zunimmt. In Villach (Österreich, 1985) waren sich die Wis-*

*senschaftler aus aller Welt erstmals darin einig, dass sich die globale Durchschnittstemperatur in Erdbodennähe erhöhen wird. Konsensfähig war auch, dass die durch Menschen verursachte Zunahme der Konzentrationen klimarelevanter Treibhausgase in der Atmosphäre, vor allem der von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>), troposphärischem Ozon, Distickstoffoxid (N<sub>2</sub>O) und der Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW), zur Temperaturerhöhung führt. ...*

Dann beziehen sich die deutschen Mandatsträger aller Fraktionen auf die „**1. Weltklimakonferenz**“ mit 300 Teilnehmern aus 48 Staaten, die gerade in Toronto (Kanada) stattgefunden hatte und schreiben:

*„Wie dramatisch der Treibhauseffekt sich entwickelt, wurde auf der Klimakonferenz in Toronto (Kanada) im Juni 1988, auf der führende Politiker, unter anderem die norwegische Ministerpräsidentin Brundtland und der kanadische Ministerpräsident Mulroney, anwesend waren, klarer herausgestellt. Erstmals wurde vor einem internationalen politischen Forum das Problem in seinem ganzen Ausmaß dargestellt.“*

In den Proceedings der Tagung (gedruckt 1989) hatte es geheißen,

dass die Gefahren für die Erdatmosphäre bereits so gravierend seien, dass sofortiges Handeln unerlässlich sei.

1990 tagt in Genf die „**2. Welt-Klima-Konferenz**“, auf der 600 Wissenschaftler den Bericht diskutieren, den die rund 1000 Wissenschaftler aus 70 Ländern im Rahmen ihrer Zusammenarbeit im Welt-Klima-Rat erstellt hatten. Der Bericht der Deutschen Presseagentur beginnt:

*„Mit dem dringenden Aufruf, gegen die fortschreitende Erwärmung der Erdatmosphäre vorzugehen, ist in Genf die zweite Weltklimakonferenz eröffnet worden.“ ...*

Alle nennenswerten deutschen Presseorgane und Funkmedien berichteten mehrfach darüber und Dutzende zitieren den Leiter des UNO-Umweltprogramms Mostafa Tolba mit seiner Aussage,

gemäß dem IPCC-Bericht stehe die Menschheit mit dem Klimawandel vor einer Bedrohung, *„die möglicherweise katastrophalere Folgen haben werde, als alle früheren Herausforderungen in der Geschichte.“*

Der Umweltministerrat der Europäischen Gemeinschaft (EG) will daraufhin auf der Konferenz „eine Führungsrolle übernehmen“. Die europäischen Kohlendioxid-Emissionen sollen nach vorübergehendem weiterem Anstieg im Jahr 2000 wieder den Wert von 1990 erreichen und danach weiter sinken. Groß-Britannien blockiert erfolgreich weitere verantwortungsbewusste Beschlüsse, weil Premierministerin Thatcher damals die Staatlichen englischen Kraftwerke an private Gesellschaften verkaufen will.

Die EG-Kommission sollte auch „rechtzeitig“ für die Ratstagung am 21. Dezember [1990!] Vorschläge für eine „gemeinschaftswide CO<sub>2</sub>-Steuer“ vorlegen.

**1991:** Der US-Senat veranstaltet ein Hearing zum Thema Klimawandel. Dort greift auch Al Gore erfolgreich in die Debatte ein. Die „Skeptics“ machen eine jämmerliche



Figur, aber die Konservativen nutzten, wenn sie schon nicht recht hatten, wenigstens ihre Mehrheit, um das unangenehme Thema als Unsinn darzustellen. Die Protokolle dieses Hearings gehören zur wichtigsten klimapolitischen Lektüre.

**1991:** Die deutsche Bundestags-Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ legt unter dem Titel „Schutz der Erde – Eine Bestandsaufnahme mit Vorschlägen zu einer neuen Energiepolitik“ ihren dritten Bericht vor.

Der Vorsitzende der Kommission, MdB Bernd Schmidbauer (CDU), schreibt im Vorwort:

*„Die Bestandsaufnahme zeigt eindringlich, wie stark die gesamte Erdatmosphäre und damit die Erde selbst durch den zusätzlichen Treibhauseffekt und den Ozonabbau in der Stratosphäre gefährdet sind. Aus der Bedrohlichkeit der Situation ergeben sich weitreichende Zielvorstellungen, um der erwarteten Entwicklung wirksam entgegensteuern zu können.*

*Der Bericht macht deutlich, dass gewaltige Anstrengungen notwendig sind, um sachgerechte Strategien umzusetzen.*

*Die von der Enquete-Kommission für die nationale Ebene entwickelte Zielvorgabe einer dreißigprozentigen Reduktion der Kohlendioxidemissionen bis zum Jahr 2005 erfordert weitreichende und schnelle Beschlüsse von Parlament und Exekutive. Notwendig sind allerdings nicht nur Beschlüsse staatlicher Entscheidungsträger, sondern auch die aktive Unterstützung und Mithilfe der Bevölkerung. Dies setzt Sensibilisierung und Bewusstsein in Bezug auf die Problemlage voraus.“*

Danach stellt die Kommission ihre neuesten Erkenntnisse vor, die uns schon irgendwie bekannt vorkommen:

*„Die Veränderungen der Erdatmosphäre, der zusätzliche Treibhauseffekt und die daraus resultierenden Klimaänderungen und Folgewirkungen ... stellen eine weltweite Gefährdung für die Menschheit und die ganze Biosphäre der Erde dar. Werden keine wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen, ist mit dramatischen Folgen für alle Regionen der Erde zu rechnen.*

*Die Abwendung dieses globalen Gefährdungspotentials oder - da ein Teil der Entwicklung schon nicht mehr zu vermeiden ist - zumindest seine Eindämmung ist zu einer der großen Herausforderungen für die Menschheit geworden. Maßnahmen, die der gegenwärtig beobachteten Veränderungen der Erdatmosphäre durch den Menschen Einhalt gebieten, sind daher dringend notwendig und erfordern neben entschlossenem nationalen Handeln eine weitreichende und umfassende internationale Zusammenarbeit.*

*Der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 0,5°C in den vergangenen 100 Jahren sowie der Anstieg des Meeresspiegels um 10 bis 20 cm im selben Zeitraum sind wahrscheinlich bereits auf den vom Menschen verursachten, zusätzlichen Treibhauseffekt zurückzuführen.*

*Nach dem gegenwärtigen wissenschaftlichen Kenntnisstand wird sich die globale Mitteltemperatur um etwa 5°C ... gegenüber ihrem vorindustriellen Wert erhöhen,*

*wenn die Emissionen von Treibhausgasen ... mit denselben Raten wie zur Zeit bis zum Jahre 2100 ansteigen. Bis zu diesem Zeitpunkt werden von den 5°C Erwärmung etwa 4°C realisiert sein, da der Ozean die Erwärmung um einige Jahrzehnte verzögert. Diese Erwärmung in gut 100 Jahren wäre genauso groß wie die Erwärmung seit der letzten Eiszeit vor 18000 Jahren.*

*Wenn der Trend der Emissionen bis zum Jahr 2025 unverändert anhält, wird sich die globale Mitteltemperatur um etwa 2,5°C ... über ihren vorindustriellen Wert erhöhen. Bis zum Jahr 2025 wird wegen der verzögernden Wirkung der Ozeane davon eine Temperaturerhöhung von etwa 2°C realisiert sein. ...*

*Die Erwärmung wird sich gravierend auf die Ökosysteme und damit auf den Menschen auswirken.“*

**1992** findet im Mai in New York eine UNO-Konferenz statt, auf der „in letzter Minute“ noch eine internationale Vereinbarung als Vorlage für die kommende große Umweltkonferenz in Rio de Janeiro erreicht werden soll.

Die Verhandlungen sind „schwierig“. Man verlängert schließlich sogar um einen Tag und beschließt schließlich das „Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen“. Es beginnt:

*„In der Erkenntnis, dass Änderungen des Erdklimas und ihre nachteiligen Auswirkungendie ganze Menschheit mit Sorge erfüllen, besorgt darüber, dass menschliche Tätigkeiten zu einer wesentlichen Erhöhung der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre geführt haben, dass dies den natürlichen Treibhauseffekt verstärkt und dass dies im Durchschnitt zu einer zusätzlichen Erwärmung der Erdoberfläche und der Atmosphäre führen wird und sich auf die natürlichen Ökosysteme und die Menschen nachteilig auswirken kann. ... [\*]*

*sowie unter Hinweis darauf, dass die Staaten nach der Charta der vereinten Nationen und den Grundsätzen des Völkerrechts ... die Pflicht [haben] dafür zu sorgen, dass durch Tätigkeiten die innerhalb ihres Hoheitsbereichs oder ihrer Kontrolle ausgeübt werden, der Umwelt in anderen Staaten oder in Gebieten außerhalb der nationalen Hoheitsbereiche kein Schaden zugefügt wird. ...*

*unter Hinweis auf die Bestimmungen der Resolution 44/228 der Generalversammlung vom 22.12.1989 über die Konferenz der UN über Umwelt und Entwicklung [Rio!] so wie der Resolution 43/53 vom 6.12.1988, 44/207 vom 22.12.1989, 45/212 vom 21.12.1990 und 46/169 vom 19.12.1991 über den Schutz des Weltklimas für die heutige und kommende Generationen,*

*sowie unter Hinweis auf die Bestimmungen der Resolution 44/206 der Generalversammlung vom 22.12.1989 über die möglichen [\*] schädlichen Auswirkungen eines Anstiegens des Meeresspiegels auf Inseln und Küstengebiete, insbesondere tiefliegende Küstengebiete, sowie die einschlägigen Bestimmungen der Resolutionen 44/172 der Generalversammlung vom 19.12.1989 über die Durchführung des Aktionsplans zur Bekämpfung der Wüstenbildung, ...*

*sowie in der Erkenntnis, dass die entwickelten Länder auf der Grundlage klarer Prioritäten ... Sofortmaßnahmen ergreifen müssen ....“ usw. usw. über 25 Seiten.*

In so weit könnte man das alles noch positiv sehen, auch wenn zum ersten Mal die Verharmlosungsstrategie der staatlichen „Klimaskeptics“ an den mit [\*] markierten Stellen besonders auffällig wird. Das wird sich weiter perfektionieren und politisch auswirken bis 2007. Hier wird tatsächlich der Schwachsinn zur Methode erhoben.

Schlimmer ist die zweite, entscheidende Schwäche des Übereinkommens: Es gibt keinerlei Terminangaben, bis wann irgend etwas zu geschehen hat. Damit gilt der berühmte „St. Nimmerleins Tag“ und sogar der deutsche Umweltminister und spätere Leiter der UNO-Umweltbehörde, Klaus Töpfer bezeichnet diesen Mangel ehrlich als eine „wesentliche Schwäche“ des Textes.

**1992** schließt die Völkergemeinschaft unter Organisation und Leitung der UNO in Rio de Janeiro einen umfassenden Vertrag („Agenda 21“) zur Rettung der Erde und ihrer Bewohner. Dieser Vertrag enthält gute Situationsanalysen und eindrucksvolle Empfehlungen an die Signatarstaaten. Er enthält auch ein Kapitel „Schutz der Erdatmosphäre“, das folgerichtig ebenfalls von den „Skeptics“ geprägt ist. Seine Aussagen sind völlig unverbindlich, extrem dürftig und einer solchen Konferenz und damit dem Thema völlig unangemessen.

Positiv erschien allerdings zunächst, dass auch die USA versprochen, ihre Kohlendioxidemissionen zu reduzieren. Die stiegen aber seither kräftig weiter.

**1993** teilt Dr. Walter Oechel von der San Diego State University (USA) mit, dass die Dauerfrostböden in der Tundra Alaskas mindestens seit 1980 auftauen.

**1994:** Prof. De Valle, der Leiter der Abteilung Geowissenschaften am argentinischen Antarktis-Institut und seine Kollegen veröffentlichen eine fundierte Abschätzung, nach der das große Lassen-Schelfeis in 10 Jahren zerbrechen werde.

**1995:** Bereits im Januar 1995 bricht ein Stück von 3300 Quadratkilometern vom Lassen-Schelfeis ab, zerfällt und schmilzt. Zwei Monate später folgt eine zweite Scholle ähnlicher Größe.

**1995:** 2500 führende Klimaforscher teilen den Mandatsträgern und der Öffentlichkeit mit, dass sich die Erdatmosphäre wirklich aufheizt, weil die Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger mehr Wärmestrahlung einfangen, als dem Klima gut tut.

**1995:** Im März tagt unter dem Vorsitz der deutschen Umweltministerin Angela Merkel in Berlin die nächste UNO-Konferenz zum Klimaproblem. 130 nationale Delegationen nehmen Teil. Getragen von bemerkenswerter Weisheit wird am Anfang übereinstimmend festgestellt, dass die bisher von den Staaten übernommenen Verpflichtungen nicht ausreichen, um die prognostizierten Klimaveränderungen abzuwenden. Die Süddeutsche Zeitung berichtete, wie ein kleines Ereignis die globalen Verhältnisse im Mikrokosmos der Konferenz abbildete. Die Zwergstaaten der AOSIS-Gruppe, die damals zum Teil bereits anfangen im Pazifik zu versinken, brachten den einzigen Antrag auf drastische Verschärfung der Reduktionsziele der Industriestaaten ein. Als dies geschah „klatschte ein Delegierter spontan Beifall.“ Ansonsten sei das Bemühen spürbar gewe-

sen, nicht zu deutlich auf die erheblichen Differenzen der Staatengemeinschaft einzugehen.

Merkel beschwor in ihrer Eröffnungsrede eine „globale Entwicklungspartnerschaft“ und stellt fest:

*„Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zwingen uns zum Handeln ... Wir können nicht warten, bis Details geklärt sind.“*

**1996:** Der Wissenschaftsausschuss des US-Senats veranstaltet eine weitere Anhörung zum Klimawandel. Auch in diesem Hearing werden die Senatoren belogen, hätten dies aber erkennen können. Zum Beispiel behauptete der „Klimaskeptic“ Robert Balling:

*„Ein Blick auf die verfügbaren Temperaturdaten der Arktis in den letzten 50 Jahren ergibt, dass es ... dort überhaupt keine Erwärmung gibt.“*

Alaska und das Wasser in den tiefen Teile des Polarmeeres hatten sich aber im 20. Jahrhundert um 2-5 °C erwärmt. An 9 Stationen nördlich des Polarkreises war die Temperatur innerhalb von 30 Jahren um 5,5 °C gestiegen. Dies war längst veröffentlicht. Trotzdem wurden die Gelder für die US-Klimaforschung auf Grund des Hearings und eines Beschlusses des Wissenschaftsausschusses erheblich gekürzt.

**1996:** Die US-Amerikanische Industrie gründet eine Organisation mit dem Namen: „International Climate Change Partnership“ (**ICCP**). Verwechslung mit **IPCC** ist offensichtlich erhofft. Mitglieder der neuen Organisation sind unter anderen: AT&T, Dow Chemicals, DuPont, Elektrolux, Enron (vor dem betrügerischen Bankrott), General Elektrik, 3M und Shell.

**1997:** In den USA versucht sich der demokratische Präsident Bill Clinton ein realistisches Bild der Klimaproblematik zu machen. Er kommt zu dem Schluss, dass der wissenschaftliche Nachweis für den anthropogenen Treibhauseffekt inzwischen „solide“ ist und versucht seine Politik darauf einzustellen.

Als Folge starten die Konservativen zusammen mit ihren „Denkpanzern“ (Thinktanks), der Großindustrie, dem ICCP und dem Gewerkschaftsbund AFL/CIO nach Form und Inhalten eine beispiellose Kampagne gegen den Präsidenten, der seit 1994 einer konservativen Mehrheit im Kongress gegenüber stand. Der Abschluss ist bekannt: Eine junge Praktikantin pflegt des kooperierenden Präsidenten Genitalien, redet darüber und schreibt ein Buch zum Thema. Sie stürzt damit 2001 letztlich den Präsidenten und den bisher letzten Versuch einer US-Regierung, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden. G.W. Bush wird der erste nicht gewählte Präsident der USA, den die Energiewirtschaft bei seinem zweiten Wahlkampf mit rund 50.000.000 Dollar fördert. Der weiß damit auch was er zu tun hat und holt sich dafür jeden Morgen, zur persönlichen Absicherung und gegen aufkommende Zweifel, göttlichen Segen.

**1997** veröffentlicht Ross Gelbspan sein Buch: „Der Klima-Gau“ beim Verlag der Gerling-Akademie. (ISBN 3-932425-05-7)

Das Buch schildert auf 240 Seiten konzentriert, aber umfassend die politischen Intrigen und Betrügereien der inzwischen als „Greenhouse-Skeptics“ bezeichneten Lobbyisten der Verursacher. Der Verlag der Akademie des Gerling-Konzerns (Industrieversicherungen!) steht bei diesem Thema sicher für Neutralität und Seriosität der Aussagen.

Die Dokumentation von Ross Gelbspan hätte - unter normalen Verhältnissen - eigentlich ein Dutzend benannter Akteure ins Gefängnis bringen müssen.

**1997: Im Dezember** findet in Kyoto (Japan) die gleichnamige Konferenz von 167 Nationen statt. Nach langwierigen „Verhandlungen“ wird das sogenannte „**Kyoto-Protokoll**“ verabschiedet.

Es entspricht in keiner Weise den von der weltweiten Fachwelt dargestellten Problemen und geforderten Maßnahmen. Einige Staaten unter der Meinungsführerschaft der USA, unterschreiben trotz schwerwiegender inhaltlichen Kompromisse nicht. Aber die „Kompromisse“ blieben dem Protokoll trotzdem erhalten.

„Entwicklungsländer“ wie China (!) und Indien (!) dürfen bis 2012 ihre Emissionen erst noch steigern. Dann wird man versuchen, sie in eine Reduktionsstrategie einzubinden. Vielleicht ist das mehr Grund zur „Verlagerung“ von „Arbeitsplätzen“ aus Deutschland, als alle Personalkosten in den klassischen Industrienationen. Die Regierungen der wichtigen Verursacherstaaten müssten sogar ein Interesse an solchen Verlagerungen haben, denn so sinken bei uns die Emissionen, und Deutschland kann seine „Pflichten“ aus Kyoto leichter erfüllen. Da trifft es sich doch gut, dass die Industrienationen ihren hilfreichen Konzernen sogar über „Entwicklungshilfeprogramme“ durchaus behilflich sein können. Vielleicht ist man deshalb in den letzten Jahren in der Entwicklungspolitik mehr und mehr dazu übergegangen, Zahlungen nicht mehr an einzelne „Entwicklungsprojekte“ zu binden, sondern auf der Grundlage allgemeinen „global-marktwirtschaftlichen Wohlverhaltens“ (good governance) zu binden. Dabei können die Empfängerländer freier entscheiden als früher, und die Geberländer bekommen weniger Ärger mit Schandprojekten, „da sie ja nichts machen können“.

Falls die Forderungen des Protokolls trotzdem durchgesetzt würden, würde das einen denkbaren Anstieg der mittleren Globaltemperatur um 4 °C um höchstens 0,1 °C auf 3,9 °C mindern. Wir werden es nie merken!

**Ab 1998** macht Joachim Bublath im ZDF eine ganze Reihe von Fernsehsendungen, die das Klimaproblem relativieren oder leugnen, obwohl sie zum Teil hervorragendes Material zum Beleg des Klimawandels enthalten.

**1998** berichten NATURE und „Süddeutsche Zeitung“ darüber, dass bei der NOAA (= US-Wetter- und Meeresbehörde) von John Christy und Dian J. Gaffner gefälschte Satellitendaten zur Temperaturentwicklung veröffentlicht wurden, um den Nachweis der Erderwärmung zu widerlegen. Ein Modul der Software für Temperaturmessung in 8 Messsatelliten war entfernt worden, so dass die Auswertungen der beiden eher eine Abkühlung der Erdoberfläche als deren Erwärmung nahelegten. Der Vorgang wurde am 13.8.1998 von den beiden Spezialisten für solche Fernerkundungssysteme, Frank J. Wentz und Mathias Schabel in NATURE endgültig geklärt.

**2000:** Am 12. Dezember erklärt der Oberste Gerichtshof der USA den Texaner J.W. Bush zum Präsidenten, obwohl sein Gegner Al Gore mehr Stimmen hatte. Bush kam aus einem Klan von Öl- und Waffenbaronen. Er war vorher Boss von „Arbusto Oil“, das er in den Bankrott führte und Manager der „Texas Rangers“ (Football). Sein Kabinett bestand fast vollständig aus ehemaligen und späteren wichtigen Funktionsträgern von bedeutenden Energie- und Kriegswaffen-Konzernen.

Bereits vier Stunden vor seiner Amtseinführung erklärte der neue „Präsident“, dass er aus den Kyoto-Protokoll aussteigen werde. In den folgenden Wochen verschwanden Hunderte oder Tausende guter Seiten zum Klimawandel aus dem Internet. Damit begann ein Prozess, der in der Wissenschaftsgeschichte einmalig ist.

Alle für Umwelt- und/oder Sozialpolitik wichtigen Bundesbehörden ( NASA, NOAA, CEQ, NRCS, EPA, CCSP, NAS ....) bekamen Chefs oder Aufseher und Zensoren, die in der Regel keine Fachleute für die betroffenen Themen waren. Die meisten hatten keine Wissenschaftliche Ausbildung. Bei der NASA bekam der angesehene Chefklimatologe James E. Hansen einen 24-jährigen Aufseher namens George Deutsch, der zwar keinen Hochschulabschluss hatte, aber trotzdem den Titel der A&M-Universität in Texas führte. Deutsch beschrieb seine Funktion selbst mit der Formulierung, es sei sein Job, den Präsidenten gut aussehen zu lassen. („to make the President look good“). Es kam zu zahlreichen ähnlich eklatanten Fällen von politischem Druck auf führende Wissenschaftler und Institutionen, zu Nötigungen und Rausschmissen, aber auch zu vorauseilendem Gehorsam und Selbstzensur bei Wissenschaftlern.

Diese Beispiele für Bürgerbetrug und Nötigung führten in den Institutionen bald zu internen Vermerken, dann zu internen Diskussionen und schließlich brachen ab **2003** die Dämme und die Interessierten in aller Welt erfuhren von da an was lief. (z.B. Washington Post 12.6. und New-York Times 19.6.)

Der angesehene, investigativ arbeitende Wissenschafts-Journalist Seth Shulman hat in seinem Buch “Undermining Science – Suppression and Distortion in the Bush Administration” (University of California Press 2007) zahlreiche eindrucksvolle Beispiele dokumentiert.

**2001:** Am 18.5.2001 veröffentlichten 17 nationale Akademien der Wissenschaften in SCIENCE einen Aufruf, der die wissenschaftlichen Belege des IPCC bestätigt und die Politik zum Handeln auffordert:

*„Die Abwägung der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse erfordert jetzt wirksame Schritte zur Abwendung schädlicher Veränderungen des Klimas der Erde.“*

**2001:** Die EU stellt ihr Umweltprogramm vor. Die Umweltkommissarin Margot Wallström stellt fest:

*„Der UN-Bericht zum Treibhauseffekt ist ein Alarmruf.“*

Und sie bezeichnet den Klimaschutz als das wichtigste umweltpolitische Ziel der EU.

**2004:** Am 18. Februar 2004 geschieht in den USA wieder etwas, was es in der Geschichte der Wissenschaft noch nie in ähnlicher Form gegeben hat. Sechzig besonders angesehene Wissenschaftler aller politischen Sympathiebereiche veröffentlichten unter dem Banner der „Union of Concerned Scientists“ (UCS) eine Erklärung, die dadurch auffällt, dass sie die sonst aus berufsethischen und berufstaktischen Gründen üblichen zurückhaltende Sprache aufgeben und sich in klarer und ehrlicher Diktion in die demokratischen Prozesse ihres Landes einklinkten. Dabei hat jeder Unterzeichner sicher bewusst das Risiko einer vorzeitig beendeten Karriere und einer Schließung seines Institu-

tes in Kauf genommen. Sie erklärten ihren Mitbürgern und der übrigen „Welt“, dass in den USA unter der Bush-Administration dramatische Eingriffe in die offiziell unabhängige Forschung statt finden und dass die Information der Bürger zu Gunsten der politischen und ideologischen Ziele der Bush-Administration grob manipuliert werden. Die Gruppe der Aufrechten schrieb unter Anderem (übersetzt):

*„Wenn die Erkenntnisse der Wissenschaft nicht mit den politischen Zielen [der Bush-Administration] zusammen passten, hat die Administration oft den Prozess manipuliert, durch den wissenschaftliche Erkenntnisse in die politischen Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Dazu wurden Personen ohne berufliche Qualifikation oder Personen mit klar gegensätzlichen Interessen in öffentliche Ämter und in wissenschaftliche Beratungsgremien gebracht, indem bestehende Beratergremien von ihren Aufgaben entbunden wurden, indem Berichte regierungsangehöriger Wissenschaftler zensiert und unterdrückt wurden und indem man schlicht keine unabhängige wissenschaftliche Beratung suchte.*

*Anderer Verwaltungen haben bei Gelegenheit die gleichen Praktiken angewandt, aber nicht so systematisch und nicht in so breiter Front.*

*Außerdem hat die Verwaltung bei Gelegenheit, wenn sie politische Ziele verfolgte, die nicht wissenschaftlich begründbar waren, wissenschaftliche Erkenntnisse falsch interpretiert und die Öffentlichkeit bezüglich der Folgen ihrer Politik in die Irre geführt.“*

Diese Gruppe der Bannerträger ehrlicher Wissenschaft, hatte Kontakt zu jenem oben schon erwähnten, Wissenschafts-Journalisten namens Seth Shulman aufgenommen, der den Brückenschlag zu den Bürgern professionell managen konnte und sollte. Die Liste der Unterzeichner umfasst anfangs 2007 bereits 2000 Unterschriften.

**2004** veröffentlicht das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) eine Studie zu den absehbaren Kosten des Treibhauseffektes. Wir lesen:

*„Bei einer Temperaturänderung um global 1 Grad Celsius sind Volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von bis zu 2 Billionen [2.000.000.000.000] US-Dollar im Jahr 2050 möglich. Werden die Treibhausgase nicht genügend vermindert, um eine solche Temperaturerhöhung zu vermeiden, würden in Deutschland alles in allem Schäden durch Naturkatastrophen in Höhe von 173 Milliarden Euro bis zum Jahre 2050 auftreten können.“*

**2004:** Im November Ratifiziert Russland das Kyoto-Protokoll, nachdem die steuerzahlenden Bürger der EU Moskaus Willen zur Unterschrift mit einem Haufen Geld nachgeholfen haben. Damit sind die Mindestbedingungen dafür erfüllt, dass das Protokoll wenigstens ein angenommenes Protokoll werden konnte. Die USA fehlen weiterhin.

**2005:** Am 15. Februar tritt dann das Kyoto-Protokoll nach fünfeneinhalb Jahren tatsächlich in Kraft.

Lutz Wicke, profiliertes Umweltpolitiker und ehemaliger Umweltstaatssekretär der CDU, erklärt aus diesem Anlass:

*„Jetzt ist völlig klar, dass die Welt mit den Mechanismen des Kyoto-Protokolls zum Klimaschutz nicht zu retten ist.“*

Sein Parteifreund, der ehemalige deutsche Umweltminister und spätere Leiter der UNO-Umweltbehörde, Klaus Töpfer, erklärt im Gleichklang mit den Fachwissenschaftlern:

Bis 2050 müssten die Treibhausgasemissionen um 50 bis 60 Prozent gesenkt werden. Die im Protokoll vorgesehenen Reduktionen reichten bei weitem nicht aus.

UN-Generalsekretär Kofi Annan bezeichnet den Klimawandel als eine der größten Herausforderungen der Menschheit und er warnt:

*„Wenn wir uns dieser Herausforderung nicht stellen, ist nachhaltige Entwicklung außer Reichweite.“*

**2005:** Ende November tagt in Montreal die nächste Welt-Klimakonferenz von Experten aus 150 Staaten. Man berät darüber, dass Artikel 18 des Protokolls vorsieht, dass die Erste Konferenz nach dem Inkrafttreten des Protokolls

über *„wirksame Verfahren und Mechanismen zur Behandlung von Fällen der Nichteinhaltung des Protokolls“* beschließt.

Die TAZ fragte rhetorisch: „Wie funktioniert das praktisch?“ Die Antwort wäre journalistisch unergiebig kurz gewesen: „nicht“.

**2006:** Im Oktober legt der ehemalige Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, im Auftrag der Britischen Regierung eine 700-Seiten-Studie zu den erwarteten Folgekosten versäumter Klimaschutzpolitik vor. Premierminister Tony Blair spricht vom „wichtigsten Papier, das er in seiner Amtszeit erhalten habe“. In der Studie wird klar gestellt,

dass ab sofort jährlich etwa 270 Milliarden (270.000.000.000) Euro in wirksame Vermeidungsstrategien investiert werden müssten, um den Klimawandel abzuschwächen.

Für den Fall, dass die globale Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um 4°C ansteigt, sei mit Schäden bis zu 5,5 Billionen (5.500.000.000.000) Euro zu rechnen. Zusätzlich könnten beispielsweise ...

... durch den steigenden Meeresspiegel bis zu 100 Millionen Menschen obdachlos werden;

... durch Trockenheit und Dürre Hunderte Millionen Menschen zu Klimaflüchtlingen werden;

... bis zu 40 Prozent aller Tierarten ausgerottet werden.

Praxisnah zusammengefasst heißt das, dass die Summe der Schäden so gewaltig wäre, dass sie nicht mehr quantifiziert und nicht mehr gedanklich erfasst werden können.

Dabei ist noch zu berücksichtigen, dass in der Zusammenstellung tote Menschen nicht vorkommen, weil sie im Bericht ebenfalls nicht gewertet werden. Man versteht natürlich die Schwierigkeit den Verlust eines Menschen zu quantifizieren. Wenn aber diese



Zivilisation nicht in der Lage ist, dieses Problem zu lösen, dann sollte sie sich auch entschließen Raubmörder nur noch wegen „Raub“ anzuklagen.

**2006** findet schließlich noch in Nairobi die vorläufig letzte Klimakonferenz des IPCC statt. Alles ist wie gehabt, und Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) kommentiert deren Verlauf mit den Worten:

*„Es hat kleine Schritte gegeben, wo man Siebenmeilenstiefel bräuchte“.*

**Im Dezember 2006** werden zwei Berichte für den US-Senat bekannt, die dokumentieren, wie die Bush-Administration die Klimakatastrophe mit Abwiegungs-Aktivitäten und Volksbetrügereien bis hin zu Nötigungen und Erpressungen gegenüber Wissenschaftlern fördert.

**2007:** Am 2. Februar veröffentlichte das IPCC von seinem 4. Bericht der Arbeitsgruppe I die Kurzfassung für „Policymakers“ im Internet unter: [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch).

Eine gute und knappe Zusammenfassung des Inhalts lieferte die DPA:

Paris (dpa) 2.2.2007

#### **Zentrale Aussagen des 4. UN-Klimareports**

Paris (dpa) - Mit größerer Sicherheit als je zuvor listet der vierte UN-Klimareport Ursachen und Folgen des vom Menschen verstärkten Treibhauseffekts auf. dpa fasst zentrale Aussagen zusammen:

- Elf der vergangenen zwölf Jahre finden sich unter den zwölf wärmsten seit dem Beginn der Aufzeichnungen um 1850.
- Die durchschnittliche Temperatur der Nordhalbkugel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist «sehr wahrscheinlich» höher als in irgendeiner 50-Jahres-Periode der vergangenen 500 Jahre. «Wahrscheinlich» ist sie die höchste Durchschnittstemperatur mindestens der vergangenen 1300 Jahre.
- Der größte Teil der globalen Temperaturzunahme seit Mitte des 20. Jahrhunderts geht «sehr wahrscheinlich» auf den vom Menschen verstärkten Treibhauseffekt zurück.
- Die Ozeane haben sich seit den 1960er Jahren bis in eine Tiefe von 3000 Metern erwärmt. Die Weltmeere haben bislang etwa 80 Prozent der Wärme aufgenommen, die dem Klimasystem zusätzlich zugeführt wurde.
- Der Meeresspiegel ist im 20. Jahrhundert wahrscheinlich um insgesamt 17 Zentimeter gestiegen.
- Eisverluste in der Antarktis und auf Grönland tragen zum Anstieg des Meeresspiegels bei. In diesen Regionen fließen etliche Gletscher zudem schneller.
- Berggletscher und Schneedecken sind sowohl auf der Nord- als auch auf der Südhalbkugel auf dem Rückzug.

- Die Temperaturen der oberen Lagen des Permafrostbodens in der Arktis haben seit den 1980er Jahren um bis zu drei Grad Celsius zugenommen.
- Satelliten- und Ballonmessdaten zeigen, dass sich nicht nur die bodennahen, sondern auch die höheren Luftschichten erwärmen.
- Eine deutliche Zunahme des Niederschlags wird in den östlichen Teilen Nord- und Südamerikas, in Nordeuropa und Zentralasien beobachtet.
- Größere Trockenheit gibt es in der Sahelzone, der Mittelmeerregion, im südlichen Afrika und in Teilen Südasiens.
- Kalte Tage, kalte Nächte und Frost sind seltener geworden, heiße tage, heiße Nächte und Hitzewellen treten häufiger auf.
- Es gibt zahlreiche Hinweise darauf, dass die Intensität tropischer Stürme im Nordatlantik zugenommen hat. Dies geht einher mit höheren Oberflächentemperaturen der tropischen Meere.
- In den nächsten zwei Jahrzehnten wird die Temperatur alle zehn Jahre um 0,2 Grad Celsius steigen.
- Selbst wenn die Konzentration der Treibhausgase im Jahr 2000 auf dem damaligen Stand eingefroren worden wäre, wäre ein Temperaturzuwachs von 0,1 Grad Celsius pro Jahrzehnt zu erwarten.
- Der IPCC hat sechs Szenarien berechnet. Im günstigsten Fall (B1-Szenario) steigt die Durchschnittstemperatur der Jahre 2090 bis 2099 um 1,8 Grad Celsius (1,1 bis 2,9 Grad) im Vergleich zum Zeitraum von 1980 bis 1999. Im schlimmsten Fall (A1FI-Szenario) sind es 4 Grad (2,4 bis 6,4 Grad).

(Internet: [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch))

**Februar 2007:** Die „hochkochende“ Thematik hat dem zuständigen EU-Umweltkommissar Barroso den Rückhalt verschafft, in Sachen CO<sub>2</sub> aus dem Auspuff, ein Anläufchen zu nehmen. Mit plus 4,5 % seit 1990 handelt es sich um eine echte Wachstumsbranche unter der Branchenführerschaft der deutschen Autokonzerne Daimler (Baden-Württemberg), BMW (Bayern) und Audi (Bayern). Er hat dabei - eigentlich – einen besonders leichten Stand, weil die Autohersteller schon vor Jahren im Rahmen einer „freiwilligen Vereinbarung“ versprochen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß ihrer Produkte zu senken. Der Bundesminister für Wirtschaft (Michael Glos aus Bayern) blockiert sofort. Die Kanzlerin - mit Richtlinienkompetenz – erklärt zwar „es ist 5 vor 12“, unterstützt aber den bayerischen Bremsler, und sie erklärt fast täglich, Deutschland sei (unter ihr) führend in der Klimapolitik. Sie sagt aber nicht in welche Richtung sie uns führt und dass das für sie ja geradezu verpflichtend ist, da inzwischen sogar ihr Freund G.W. über Klimaschutz redet.

**März 2007:** Das Kraftfahrt**bundesamt** hatte am 23.2.2007 eine Pressemitteilung auf seine Homepage gestellt, in der es völlig realistisch hieß:

*„Die von der Automobilindustrie selbst auferlegte Zielsetzung (140 g/km bis 2008) erscheint kaum noch realisierbar. Nun soll laut EU-Beschluss mit vereinten Kräften bis 2012 eine Minderung auf durchschnittlich 130 g/km erreicht werden.“*

Auf Rückfrage der Süddeutschen Zeitung erklärt der Pressesprecher der „Behörde“, Stephan Immen, ...

*„... die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie gelte für den Durchschnitt in Europa. Sie könne auch erfüllt werden, wenn Autos in Deutschland zwar mehr, dafür aber Fahrzeuge in anderen Ländern, weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen.“*

Es geht also jetzt bei der sogenannten „Selbstverpflichtung“ der Automobilindustrie um den EU-Durchschnitt aller „Fahrzeuge“ vom Schubkarren bis zum VW-Bugatti. Es komme auch niemand und nenne diese Interpretation überzogen, denn wer den oben geschilderten Schritt der Bürgertäuschung tut, tut natürlich bei „Bedarf“ auch den zweiten, und dass der Pressesprecher einer Bundesbehörde in einem vorbereiteten Statement den Unterschied zwischen Einem „Pkw“ und einem „Fahrzeug“ kennt ist sicher. Den Vorwurf der Vertuschung wies Stephan Immen allerdings gegenüber der SZ (7.3.2007) zurück und die SZ berichtet weiter:

*„Auf die Frage nach einer mögliche Einflussnahme aus Industrie und Politik sagt er [Zinke]: ‚darauf werde ich ihnen keine Antwort geben können‘.“*

Hier vertuscht also das Kraftfahrt**bundesamt** entweder seine eigenständige Bürgertäuschung oder die erfolgreiche Einflussnahme der Kfz-Lobby auf Kosten der Bürger. (Der Präsident des Kraftfahrtbundesamtes heißt übrigens Ekhard Zinke.)

Über eine verwandte Form der Umweltkriminalität berichtet n-tv auf seiner Homepage:

Freitag, 2. Februar 2007

n-tv.de meldet:

## **Klimawandel? Gibt es nicht! Institut will Forscher kaufen**

Ein US-Institut mit engen Verbindungen zur amerikanischen Ölindustrie hat Wissenschaftlern Geld für kritische Studien gegen den neuen Weltklimabericht angeboten. Das American Enterprise Institute (AEI) stellte Forschern eine Belohnung von jeweils 10.000 Dollar für Artikel in Aussicht, mit denen sie den Klimabericht widerlegen. Außerdem würden Reisekosten und sonstige Spesen übernommen, berichtete die britische Tageszeitung "The Guardian". Dem Blatt lagen dazu Briefe vor, die an Wissenschaftler verschickt wurden.

Das AEI gilt als eine der wichtigsten neokonservativen Denkschmieden in den USA. Dem "Guardian" zufolge wurde es vom Ölkonzern ExxonMobil mit mehr als 1,6 Millionen US-Dollar gefördert. Mehr als 20 AEI-Experten sollen als Berater für die US-Regierung von Präsident George W. Bush tätig gewesen sein. Im Vorstand von AEI sitzt unter anderem Lee Raymond, ein früherer Exxon-Chef.

Die Zeitung zitierte den britischen Klimaforscher David Viner mit den Worten, die Briefe seien "ein verzweifelter Versuch einer Organisation, welche die Wissenschaft zugunsten politischer Ziele verbiegen will".

Lobby-Organisationen in den USA sind im Kampf gegen "alarmistische" Klimaforscher sehr aktiv. 2006 produzierte das konservative Competitive Enterprise Institute (CEI) Fernsehwerbung, in der Kohlendioxid als ungefährliches Produkt moderner Gesellschaften dargestellt wird. "Jetzt wollen ein paar Politiker Kohlendioxid einen Schadstoff nennen", heißt es darin. "Stellen Sie sich vor, sie hätten damit Erfolg - wie würde unser Leben dann aussehen?"

Adresse:

<http://www.n-tv.de/761515.html>

Wenige Wochen später folgen zwei Artikel in der Süddeutschen Zeitung, die – wenn auch in moderater Sprache – Schlaglichter auf die politischen Hintergründe des Geschehens werfen:

Süddeutsche Zeitung vom 14.3.2007

## Was nicht passt, wird passend gemacht

**Wie die Regierung von US-Präsident Bush Wissenschaftler behindert,  
um unerwünschte Ergebnisse zu unterdrücken**

von HUBERTUS BREUER

Im Jahr 2002 erklärte ein ranghoher Berater des amerikanischen Präsidenten dem Reporter Ron Suskind von der New York Times, wie die Bush-Administration funktioniere. „Leute wie euch nennen wir realitätsfixiert. Ihr glaubt, dass sich Lösungen durch die sorgfältige Analyse der Wirklichkeit ergeben. So funktioniert die Welt nicht mehr. Wir sind ein Imperium. Wenn wir handeln, schaffen wir unsere eigene Realität.“

Im zweiten Jahr der Bush-Regierung, unter dem Eindruck der Katastrophe des 11. Septembers, mochte das wie der anmaßende Ausdruck eines Missionars geklungen haben. Doch lag diese Aussage näher an der Wahrheit, als Suskind wohl ahnte. Wie sich inzwischen zeigt, haben das Weiße Haus und die Bundesbehörden seit Bushs Amtsantritt systematisch Forschungsergebnisse torpediert, die politisch unbequem waren. Etwa indem genehme Funktionäre an Schaltstellen zwischen Politik und Wissenschaft eingesetzt, Forschungsberichte von Behörden zensiert oder staatlich besoldete Wissenschaftler gegängelt wurden.

Doch nun holt die geschmähte Realität die Bush-Regierung ein. Gerade ist in den USA das akribisch recherchierte Buch „Undermining Science“ des Journalisten Seth Shulman erschienen, in dem er ein umfassendes Sündenregister des Weißen Hauses auflistet. Zudem gibt es, seitdem die Demokraten im vergangenen Januar in beiden Parlamentshäusern die Mehrheit übernommen haben, Untersuchungen dazu, wie die Regierung wissenschaftliche Berichte manipuliert hat.

So warf der Vorsitzende des Reformausschusses im Repräsentantenhaus, Henry Waxman, der Administration bei einer ersten Anhörung Ende Januar vor, sie habe versucht, die amerikanische Öffentlichkeit über den Klimawandel in die Irre zu führen. Bestätigend legte bei dieser Gelegenheit die Lobbygruppe Union of Concerned Scientists (UCS) die Ergebnisse einer Umfrage unter 1600 mit Klimaforschung befassten Regierungswissenschaftlern vor: 73 Prozent hatten innerhalb der vergangenen fünf Jahre politische Einmischung in die Forschung beobachtet. Gut die Hälfte gab an, sie sei gedrängt worden, nicht Öffentlich von „Klimaerwärmung“ zu sprechen.

Erst in vergangenen Tagen wurde, trotz laufender Untersuchungen im Kongress, eine aktuelle Anweisung bekannt, nach der Mitarbeiter der Naturschutzbehörde Fish and Wildlife Service in Alaska auf Auslandsreisen nicht unbefugt Kommentare zur Erderwärmung, gefährdeten Eisbären oder dem Eisschwund in der Arktis abgeben dürften. Kein Wunder, dass inzwischen über 11 000 US-Forscher eine im Dezember veröffentlichte Erklärung der UCS unterzeichnet haben, in der sie gegen die eklatanten Manipulationsversuche der Bush-Regierung protestieren - darunter mehr als 50 Nobelpreisträger sowie frühere Wissenschaftsberater demokratischer und republikanischer Präsidenten.

### **Vom Umweltrat zum Ölkonzern**

Die Klimaforschung ist zweifellos das erschreckendste Beispiel der Wissenschaftsfeindlichkeit des Weißen Hauses. Sie fand sich bereits im Rampenlicht der Öffentlichkeit, als 2005 bekannt wurde, dass Phil Cooney, seit 2001 Stabschef im Umweltrat des Weißen Hauses, wiederholt Regierungsgutachten zum Klimawandel verfälscht hatte. Seine Hauptaufgabe bestand offenbar darin, Zweifel am Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und dem Klimawandel in die Berichte zu streuen. Ein ausgebildeter Wissenschaftler war er nicht. Bevor er in die Administration eintrat, hatte Cooney als Anwalt für die größte Lobby-Organisation der amerikanischen Ölindustrie, das American Petroleum Institute, gearbeitet. Nachdem er 2005 die Administration Bush wieder verlassen hatte, wechselte er zum Ölkonzern Exxon-Mobil.

Doch wie Shulman, der zuvor für die UCS gearbeitet hat, in seinem Buch dokumentiert, beschränkt sich die politische Einflussnahme keineswegs auf die Klimaforschung. Der frühere stellvertretende Innenminister Stephen Griles, zuvor Lobbyist der in der National Mining Association organisierten Bergwerksbranche, sorgte während seiner Amtszeit dafür, dass Gutachten zum Kohletagebau in den Appalachen keine umweltschonenden Alternativen in Betracht zogen. Gesetzlich ist dies jedoch vorgeschrieben.

Die amerikanische Seuchenbehörde Centers for Disease Control (CDC) finanzierte im Jahre 2004 mit 170 Millionen Dollar Sexualerziehung für Mädchen, die ausschließlich Enthaltensamkeit propagierte - während es gleichzeitig die Mittel für Programme, welche Verhütung als probates Mittel nahe legten, drastisch kürzte. Und das, obgleich es keinen Hinweis gibt, dass bloße Ratschläge unter jungen Frauen ungewollte Schwangerschaften tatsächlich verhinderten. Im Gegenteil. Eine Studie der Columbia University aus dem Jahre 2002 zeigt, dass nahezu alle Frauen, die in jungen Jahren Keuschheit vor der Ehe geloben, ihr Gelübde letztlich doch brechen. Dabei benutzen sie oftmals keine Verhütungsmittel und lassen sich auch seltener auf sexuell übertragbare Krankheiten testen als Jugendliche, die kein Keuschheitsgelübde abgelegt haben.

Im Jahre 2003 wurde der „National Health Care Disparities Report“ veröffentlicht, der den Zustand des amerikanischen Gesundheitssystems beleuchten sollte. Im ersten Entwurf stellten Wissenschaftler fest, dass Angehörige von Minderheiten medizinisch deutlich schlechter versorgt seien als weiße Amerikaner. Doch die von der Administration eingesetzten Funktionäre wollten davon nichts wissen. Sie strichen die meisten Beispiele. Das Fazit der Forscher, dass diese Minderheiten „einen hohen Preis zahlen“, las sich dann so: „Einige bevorzugte Bevölkerungsteile erhalten in manchen Aspekten eine ebenso gute oder bessere Gesundheitsfürsorge als andere Gruppen.“ Erst als sich einer der an der Studie beteiligten Wissenschaftler an die Presse wandte, erschien der Bericht in der ursprünglichen Fassung.

### **Periodisches System der Skandale**

Die Bush-Regierung stellt oft sicher, nur genau das erzählt zu bekommen, was sie auch hören will. Ehe Forscher als Berater tätig werden, erkundigen sich Bush-Funktionäre nach ihren politischen Ansichten. Für das Komitee, das Vorschläge für neue Bleigrenzwerte in Wandfarben vorlegen sollte, lehnte der Gesundheitsminister Tommy Thompson in einem beispiellosen Vorgang die Vorschläge der CDC ab. Stattdessen wählte er bewusst Wissenschaftler aus, die bekannt dafür waren, dass sie den Status Quo für ausreichend hielten - eine Minderheitenmeinung unter Toxikologen.

So ließen sich die Beispiele weiterführen. Die Protesterklärung der 11 000 Naturwissenschaftler gegen politische Eingriffe listet die Vorfälle in Form eines chemischen Periodensystems auf. Dort steht auf dem Platz von Wasserstoff {chemisches Zeichen H} der Umgang mit der HIV-Aufklärung, für Sauerstoff (O) die Ölbohrung in der Nähe von Trinkwasseradern und für Kohlenstoff (C) der Klimawandel. 62 Manipulationen von A bis Z tauchen auf: A steht für „Army Science' Board“ - ein Ingenieur konnte für den Wissenschaftsvorstand der Armee nicht nominiert werden, weil er angeblich die Präsidentschaftskampagne von John McCain unterstützt hatte. Z steht für „Ground Zero Air“. Angeblich hat die Umweltbehörde EPA nach dem 11. September den Rettungsmannschaften am World Trade Center wider besseren Wissens versichert, dass die Luft ungefährlich sei. Verantwortlich damals: die heutige Außenministerin Condoleezza Rice. Seither sind viele Retter erkrankt.

Selbstverständlich weisen Regierungsbeamte solche Vorwürfe zurück: „Ich kann aus meiner persönlichen Erfahrung bezeugen, dass diese Regierung die Politik des Präsidenten umsetzt, die Wissenschaften stark zu unterstützen und bei Entscheidungen die höchsten wissenschaftlichen Standards anzulegen“, hatte zum Beispiel Bushs Wissenschaftsberater John Marburger schon 2004 zu einem früheren Report der UCS geschrieben.

Doch die Diskussion ist fast schon über die bloße Beweisführung hinaus. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, warum die Bush-Regierung Naturwissenschaft und Politik so vermengt hat. Nach dem Wahlsieg im Jahr 2000 war zu erwarten, dass Großindustrie, evangelikale Christen und Neokonservative, die George W. Bush zum Amt verholfen hatten, dafür eine politische Gegenleistung einfordern würden. Dennoch bleibt die glaubensbasierte Politik des mächtigsten Mannes der Welt für auf die Wirklichkeit fixierte Menschen letztlich rätselhaft. Von seinem Vater, dem Ex-Präsidenten George H. W. Bush, kann er das nicht haben. Dieser hatte 1990 erklärt: „Angesichts solcher Probleme wie Klimawandel, Aids oder Genmanipulation (. . .) muss sich die Regierung mehr denn je auf den unparteiischen Ratschlag der Naturwissenschaften verlassen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen.“

# Kohle von der Kohle

## Konzerne bezahlen Klimaskeptiker

Forscher zu sein ist eigentlich ein ganz normaler Beruf. Man bekommt Gehalt und braucht Geld für sein Büro, für Mitarbeiter, Computer, Reisen. Nur einen Teil davon gibt einem das eigene Institut. Je nachdem, wie begehrt die eigenen Fähigkeiten sind, bekommt man mehr oder weniger zusätzliches Geld aus anderen Quellen. So gesehen hat Patrick Michaels nur eine Marktlücke genutzt. Michaels ist Professor an der University of Virginia und einer der wenigen Klimaforscher, der offen den Konsens in seinem Fach herausfordert, wonach die vom Menschen verursachte Emission von Treibhausgas die Klimaveränderung vorantreibt. Nun hat Michaels von zwei Elektrizitätskonzernen, die Kohle verbrennen, um Strom zu erzeugen, 150 000 Dollar für seine Arbeit bekommen, berichtet die Nachrichtenagentur AP.

Der Chef einer der Firmen, Stanley Lewandowski von der Intermountain Rural Electric Association in Colorado, hätte in einem Bettelbrief an Kollegen geschrieben: „Wir können es nicht zulassen, dass die Diskussion von Panikmachern beherrscht wird.“ So hatte er neben den 100 000 Dollar von seiner eigenen Firma noch zwei weitere Zusagen erhalten, eine für dieses und eine für das kommende Jahr.

Michaels und Lewandowski sehen keinerlei Problem in der Finanzierung. In der Tat gibt es ja auch die fragwürdige Praxis, dass Pharmafirmen Ärzte bezahlen, die ihre Medikamente testen. „Das ist ein typischer Fall, wo sich die Industrie die Wissenschaft kauft, die ihre eigene umweltfeindliche Position deckt“, sagt Frank O'Donnell von der Organisation Clear Air Watch über Michaels' Verhalten. Und der Chefredakteur des Wissenschaftsmagazins *Science*, Donald Kennedy, sagte, Klimaskeptiker wie Michaels seien eher Lobbyisten als Wissenschaftler.

CHRISTOPHER SCHRADER

**Im November 2007** hat das IPCC seine vier Einzelberichte in eine „Zusammenfassung für Politiker“ kondensiert um endlich Bewegung zu schaffen. Obwohl die USA wieder Satz für Satz Entschärfungspolitik getrieben haben sind die Warnungen und Forderungen nochmals dramatischer. Da man nicht sicher sein kann, dass (alle) Mandatsträger diese Originaltexte lesen, sollen diese Aussagung in einer besonders unübersehbaren Form zitiert werden:

Die Süddeutsche, als größte deutsche Tageszeitung fasste die wichtigsten Aussagen auf der Grundlage von Texten der Nachrichtenagenturen Reuters, AFP und DPA am 19.11.2007 folgendermaßen zusammen:

***„Die wichtigsten Punkte aus dem Weltklimabericht***

*Valencia - Der Weltklimarat hat am Samstag im spanischen Valencia seinen diesjährigen Klimabericht vorgelegt. Im Folgenden die wichtigsten Punkte des sogenannten Synthese-Berichts, der die drei bereits vorliegenden Teilberichte zusammenführt und damit den vierten Weltklimareport vollendet.*

*\* Seit 1970 hat der Ausstoß von Treibhausgasen um 70 Prozent zugenommen. Die Konzentration des wichtigsten Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) lag 2005 höher als in den vergangenen 650000 Jahren.*

*\* Der Mensch steht als Ursache des Klimawandels praktisch fest. Die Folgen dieses Wandels werden vermutlich „unumkehrbar“ sein.*

*\* Die weltweite Durchschnittstemperatur wird in diesem Jahrhundert voraussichtlich zwischen 1,1 und 6,4 Grad Celsius zunehmen. Um die Erwärmung auf maximal 2,4 Grad zu begrenzen, muss der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2050 um 50 bis 85 Prozent niedriger sein als im Jahr 2000.*

*\* Elf der vergangenen zwölf Jahre sind unter den wärmsten Jahren seit Beginn der globalen Temperaturlaufzeichnung 1850.*

*\* Die Meeresspiegel steigen in diesem Jahrhundert voraussichtlich zwischen 18 und 59 Zentimeter.*

*\* Wenn der Temperaturanstieg mehr als 1,5 bis 2,5 Grad Celsius beträgt, sind 20 bis 30 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten vom Aussterben bedroht.*

*\* Das Risiko extremer Wetterereignisse nimmt zu: Es wird mehr Überflutungen, Dürreperioden und Hitzewellen geben.*

*\* Einzigartige Biosysteme sind gefährdet: am Nord- und Südpol, in Hochgebirgsregionen und Korallenriffe.*

*\* Die Folgen des Klimawandels sind ungleich verteilt: Arme und alte Menschen leiden am stärksten darunter, ebenso die Länder am Äquator, die in Afrika ohnehin zu den ärmsten Staaten gehören.*

*\* Am stärksten betroffen sind Afrika, die Arktis, kleine Inseln und die Riesens-Flussdeltas an den asiatischen Küsten.*

*\* Die Kosten für den Kampf gegen den Klimawandel belaufen sich selbst bei den ehrgeizigsten Szenarien auf weniger als 0,12 Prozent des jährlichen weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP). Selbst im teuersten Fall würden bis 2030 weniger als drei Prozent des BIP aufgewendet.*

*Reuters / AFP / dpa“*



Einem aufmerksamen Leser hätte dabei sogar noch auffallen müssen, dass die eingetretenen und zu erwartenden toten Menschen in der Berichterstattung und im Bericht nicht vorkommen .....

## **Folgerungen aus den geschilderten Zuständen**

**Zum Beginn des Jahres 2007** hat von kirchlicher Seite wenigstens das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, in seiner Zeitschrift „akzente“ (1/2007), den Mut zu einigen wertenden Sätzen zur Klimakatastrophe gefunden. Dort schrieb Pfarrer Klaus Breyer:

*„Bei allem, was wir heute über die Ursachen des anthropogenen Treibhauseffektes wissen, angesichts der nicht genutzten Zeit und der nicht genutzten Handlungsmöglichkeiten, ist nur eins zu sagen: Der ablaufende Klimawandel ist kein Schicksal, er ist schon gar nicht gottgewollt, er ist ein krasser Mangel an Verantwortung, ein Mangel an Gerechtigkeit vor allem der Industriestaaten gegenüber den Menschen des Südens, gegenüber den nachfolgenden Generationen und gegenüber der Schöpfung.“*

Das fügt sich gut an eine Passage aus einem gemeinsamen grundsätzlichen Text der beiden großen christlichen Kirchen aus dem Jahr **1985** mit dem Titel “Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung”:

*“Obwohl es eine Verflochtenheit der Interessenzusammenhänge gibt und dadurch auch ein gemeinsames Schuldigwerden, nimmt die Verantwortung dennoch immer den Einzelnen in die Pflicht und fordert von Ihm Rechenschaft. Sie betrifft den Amtsträger und Einflussreichen in besonderem Maße. Sie betrifft den mündigen Bürger in seinem privaten Lebensbereich ebenso wie in seinen Möglichkeiten politischer Beteiligung.“*

Die katholische Deutsche Bischofskonferenz scheint zur Zeit sprachlos zu sein, obwohl sie in ihrer Schrift „Zukunft der Schöpfung - Zukunft der Menschheit“ 1980 sehr zutreffend und ehrbar selbstbezogen erklärte:

*„Es ist fällig, dass der Mensch ein neues Verhältnis zum Lebendigen, zu den Dingen, zu seinem Lebensraum, zur Welt gewinnt. ... In den heute fälligen Sachfragen um Rohstoff, Umwelt und Energie geht es um den Menschen selbst und um die Erde selbst und das heißt christlich: Um Gottes Ebenbild, das wir Menschen sind, und um Gottes Schöpfung, die uns anvertraut und aufgegeben ist. Die Verantwortung vor unserem Schöpfer und Erlöser ist also im Spiel. Die deutschen Bischöfe fühlen sich verpflichtet, ihren Beitrag zur Lösung dieser Menschheitsfrage einzubringen.“*

Auf der Homepage der Bischöfe findet man zwar einen vollständigen Bibeltext, aber (am 29.4.2007) nirgends das Wort „Klima“.

**W**ir **Bürger** dürfen – als **verantwortliche Souveräne** – nie vergessen, dass ...

... seit über 100 Jahren die Möglichkeit und die Verpflichtung zu vorsorglicher Politik besteht;

... die Klimakatastrophe für manche Unternehmen zu einem betriebswirtschaftlichen Langzeitboom führen wird;

... es immer wieder Mitläufer, kleine Ganoven und große Trottel gibt, die, ganz im Sinn der großen Verbrecher, mit „tiefstem Bedauern“ darüber berichten, dass sich die "Wissenschaftler" ja leider noch nicht einig seien.....

... die Bürger der USA und kleinerer „Schurkenstaaten“ nicht unter faschistischen Systemen geknechtet sind, sondern dass sie gegenüber „Tätern im weißem Kragen“ zumindest zu duldsam sind, oder gar ein Umfeld stillschweigender Sympathisanten bilden;

... es aber auch unter den US-amerikanischen Wissenschaftlern eine ganze Reihe ehrlicher Demokraten gibt, die Anerkennung, nicht Verachtung oder Hass verdienen;

... die allermeisten unserer deutschen Regierungs-Mandatsträger – mindestens bei öffentlichen Äußerungen – weiterhin die USA undifferenziert als „befreundete Nation“ bezeichnen;

... dass unsere Kanzlerin so oft wie möglich zum Präsidenten der ganzen Sauerei reist, wenn der nicht gerade auf unsere Kosten nach Mecklenburg-Vorpommern kommt.

... dass es überfällig ist, dass Juristen Möglichkeiten entwickeln, auch im internationalen und globalen Zusammenhang Schadensersatzforderungen durchzusetzen. Die Deklarationen von Stockholmer und Helsinki fordern das letztlich;

... dass eigentlich jeder Staatsanwalt und Richter vor Scham vergehen müsste, wenn er einen „einfachen“ Einzelmörder ohne großes Wissen und elitäre Bildung, für 20 Jahre einsperrt, während die Hauptschuldigen an der Klimakatastrophe nicht einmal mit adäquaten Worten getadelt werden;

... dass im Zusammenhang mit ungerechtfertigten Schwierigkeiten in der Klimaschutzpolitik, der allgemeine, unüberhörbare und fortdauernde Ruf nach dem Den Haager Tribunal überfällig ist, denn die für den Klimawandel politisch oder juristisch verantwortlichen „Ehrenmänner“ bringen auf mittlere Sicht mehr Menschen um als die bisherigen Rekordverbrecher, und sie wissen schon lange was sie tun!

Wenn der 11. September 2001 ein Krieg war, dann sind die jüngsten Klimaextreme längst ein Weltkrieg.

... dass wir ebenfalls **schuldig** werden, wenn wir unsere Bürgerverantwortung nicht wahrnehmen.

Dieser Text steht auch unter  
[www.waldklein.de/w-klima/Klimaganoven.pdf](http://www.waldklein.de/w-klima/Klimaganoven.pdf)  
Letzte Änderung am 23.11.2007  
Fortschreibung folgt!

Adresse des Autors:  
Dr. Helmut Klein  
Hörndlweg 22  
D-82346 Andechs